Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 173. Donnerstag, den 26. Juli 1917. 24. Jahrg.

Neue Massenopfer.

Wer die heutigen Zeitungen durchsieht, der muß feststellen, daß von Stockholm garnicht mehr und von der Friedensresolution des Reichstages nur noch sehr wenig die Rede ist — die großen Entscheidungskämpfe, die an den Fronten wieder entbrannt sind oder zu entbrennen im Begriff stehen, nehmen allen Raum in Anspruch. In Ostgalizien, an der ganzen Ostfront tobt der Kampf. Ueberall, wo sie nur irgend kampffähige Truppen hatten, haben die Russen mit aller Kraft angegriffen und sind zurückgeschlagen worden — nur Trümmer sind vielfach zurückgekehrt, sagt der deutsche Heeresbericht. Hingegen ist der deutsche Durchbruch in einem zuvor kaum geahnten Maßstabe geglückt, in 250 Kilometer Breite ist der ganze Südflügel des Russenheeres auf der Flucht. Sein Hilfeschrei wird die Alliierten im Westen antreiben, die ohnedies geplante Offensive zu beschleunigen. Die Artillerieschlacht in Flandern hat sich zur größten Heftigkeit gesteigert.

Größer als je erweist sich die deutsche Kraft, aussichtsloser als je ist der Ansturm der Feinde. Die ungeheueren Menschenopfer, die jetzt in den neuen Entscheidungskämpfen an allen Fronten gebracht werden, waren nicht nötig. Weit hat Deutschland die Friedenshand ausgestreckt. Wie oft den Russen durch Reichskanzlerreden, durch Telegramme der Heerführer an der Ostfront und durch neutrale Vermittlungen der Friede angeboten worden ist — kein schmachvoller Friede, bei dem sie ihre Verbündeten hätten verraten müssen, sondern ein ehrenvoller allgemeiner Friede auf der allgemeinen Grundlage des Verzichts auf Eroberungen — das läßt sich kaum zählen. Sie haben nicht hören wollen. Sie haben sich von der Entente einblasen lassen, daß Deutschland das Friedenshindernis sei und daß man durch verstärkten militärischen Druck auf Deutschland die Friedenssache am besten fördere. So wurden sie zu Gefangenen des anglo-amerikanischen Weltherrschaftswillens!

Das erste Opfer dieser Kämpfe ist die russische Freiheit geworden. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben der provisorischen Regierung, d. h. Kerenski Diktaturgewalt übertragen, Rede- und Preßfreiheit sind aufgehoben, die schonungslose Verfolgung der Leninisten und Radikalen ist angeordnet. Die Abschaffung der Todesstrafe hat nicht lange gedauert; sie findet Anwendung nicht nur an der Front, wo die Heeresleitung bekannt machen läßt, daß auf widersätzliche und feige Truppen gefeuert wird, sondern auch im Hinterlande, im Kampfe gegen die abweichende politische Meinung. Und im französischen Senat preist Clemenceau das rücksichtslose Durchgreifen der russischen Regierung als Vorbild und treibt das Ministerium Ribot an, ebenfalls mit roher Gewalt die Friedenstendenzen im französischen Volke niederzuschlagen.

Wie lange soll das grausame Spiel der Verzweiflung noch dauern? Mit geradezu abergläubischer Festigkeit hält die Entente und die neutrale Welt an dem Irrwahn fest, daß Deutschland in wenigen Tagen oder Wochen zusammenbrechen müßte. Bei jedem deutschen Friedensversuch wurden Momente der Schwäche in der deutschen Stellung entdeckt, um deretwillen es ergangen sein sollte. Wenn jetzt die große Gesamtoffensive der Feinde scheitert, wenn inzwischen die neue Ernte hereingebracht ist und Brot und Kartoffeln wieder einigermaßen reichlich zur Verfügung stehen, wird dann die Entente noch immer daran festhalten, was noch in dieser Woche der französische Senat wieder einstimmig beschlossen hat, daß der Friede erst nach dem Sieg geschlossen werden könne? Sind der Phantasie von Deutschlands bevorstehendem Zusammenbruch nicht endlich Menschen genug geopfert?

Inmitten der großen Entscheidungskämpfe, die jetzt an Ost- und Westfront ausgekämpft werden, halten wir an der Hoffnung fest, daß sie uns den vierten Kriegswinter ersparen. Möge endlich auch in den westlichen Ententestaaten nach einem neuen Fehlschlag im Zerschmetterungsplan gegen Deutschland der Ruf erschallen: Keinen Winter mehr in den Schützengräben! Davon allein hängt der Friede ab.

Rußlands Rettung durch Blut und Eisen.

Ministerpräsident Kerenski hat nach seiner Rückkehr von der Front den Vertretern der Presse nähere Mitteilungen über seine Ziele gemacht, die nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur in folgendem gipfeln:

„Gegenwärtig ist die Hauptfrage: Die Zusammenfassung der Einheit der Gewalt. Die vorläufige Regierung hat nur das Ziel: Verteidigung des Staates gegen die Zersetzung durch die Anarchie und das Heil der Armee. Die Regierung wird sich auf das Vertrauen der Volksmassen und der Armee stützen, Rußland retten und seine Einheit durch Blut und Eisen schmieden, wenn die Gründe der Ehre und des Gewissens nicht genügen. Wie es auch stehen möge, niemand wird aus der gegenwärtigen Lage Nutzen ziehen können, um den Versuch zu machen, den Stand der Dinge vor der Revolution wiederherzustellen. Im gegenwärtigen Augenblick ist es unumgänglich notwendig, den Rückzug zum Stehen zu bringen, die wirtschaftliche Zerfahrenheit zu beseitigen und die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Die Bevölkerung soll ihre persönlichen Interessen vergessen und an die erste Stelle die Interessen des Staates rücken. **Die Lage an der Front ist sehr schwer und erfordert heldenhafte Maßnahmen.** Trotzdem bin ich überzeugt, daß der Staatsorganismus kräftig genug ist, um den Krieg ohne teilweise Amputation führen zu können. Auf jeden Fall wird die vorläufige Regierung ihre Pflicht tun, die Errungenschaften der Revolution zu stärken und zu erweitern und entschlossen sein, der verbrecherischen Tätigkeit und den Erfolgen der Verräter ein Ende zu setzen."

Wir glauben nicht daran, daß die Errungenschaften der Revolution und damit die Rettung Rußlands durch Blut und Eisen erfolgen kann. Wer mit dem Blute seiner eigenen Landsleute spielt, treibt ein gefährliches Spiel. Will Rußland gesunden und — was wohl jeder Anhänger der Freiheit sehnlichst wünscht — die Errungenschaften der Revolution stärken, dann muß es auf die Beendigung des Krieges dringen. Erst dann wird es mit Erfolg an die Lösung der innerpolitischen Aufgaben herangehen können, jener Aufgaben, die es festigen und gegen alle Angriffe von innen und außen stärken wird. Dann wird aber auch kein Raum mehr für Diktatoren sein!

Kerenskis Vorgehen hat übrigens jetzt auch den Protest des Petersburger Arbeiterrats hervorgerufen. Letzterer protestiert gegen den von Kerenski ausgefertigten Verhaftungsbefehl gegen Lenin und seine Anhänger. Man bezeichnet die Maßnahme als ungesetzlich. Die Mehrheit des Arbeiterrats, der zuerst den Regierungsfeldzug gegen die Bolschewiki unterstützte, ist umgeschwenkt. Heute erklärt er, die Verhaftung seiner Mitglieder nicht zulassen zu wollen.

Hier wird Kerenski also auch wohl einlenken müssen, wenn er sich nicht selbst einer seiner wesentlichsten Stützen berauben will.

Ueber die gegenwärtige Lage in Rußland informieren folgende private Meldungen:

Die „Morning Post" meldet aus Petersburg: Ein Armeebefehl Kerenskis enthebt neun Generale der Südfront ihrer Kommandos und ordnet ihre Ueberweisung an die Kriegsgerichte an. Nach der „Daily Mail" wurde die 11. und 7. Armee wegen Feigheit vor dem Feinde aus der Armeeliste gestrichen und die Truppen anderen Verbänden zugeteilt. In der Petersburger Vorstadt Ostrowo fanden neue Straßenkämpfe zwischen Militärabteilungen statt. Das 2. Artillerieregiment beschoß die städtischen Depots Ostrowos. Das „Petit Journal" meldet: Ueber die Bezirke Berditschew und Kischinew und über den Militärbezirk Kiew wurde das Standrecht verhängt.

Als der neue Ministerpräsident und Kriegsminister Kerenski im Automobil die Erdelewstraße in Petersburg passierte, wurde, nach in Stockholm eingetroffenen finnischen Nachrichten, eine Bombe gegen das Automobil geworfen, die allerdings zu spät explodierte. Eine Anzahl Passanten wurde ernstlich verletzt. Kerenski selbst kam ohne Verletzungen davon. Eine Anzahl Häuser wurde sofort von herbeieilenden Truppen umstellt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Der Attentäter konnte noch nicht festgestellt werden. „Rabotschkaja Gazeta" teilt mit, daß die reaktionäre Aktion in Petersburg unverkennbar im Zunehmen begriffen ist. Die Reaktionäre machen aus ihrer Hoffnung auf einen Sieg der Deutschen gar keinen Hehl, da er ihren Zwecken unbedingt zugute kommen würde.

Die aus der Provinz und von der Front eintreffenden Nachrichten spiegeln die verworrene Lage in Rußland nur in unzureichendem Maße wider. Jedenfalls steht es bereits heute fest, daß die bewaffnete Aktion der Maximalisten den größten Teil der Aufbauarbeit der provisorischen Regierung zerstört hat und daß sich das neue Chaos in noch stärkerem Maße als das alte über ganz Rußland auszubreiten beginnt. In Sebastopol ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen, die zur Zerstörung einer Anzahl Marinegebäude und zahlreichen Opfern geführt hat. Der Gouverneur der Festung Sebastopol, Kapitän Jewostow, ist durch einen Revolverschuß nicht unerheblich verletzt worden. Zahlreiche Matrosen haben die Schiffe verlassen, und begeben sich in das Landesinnere. Auch in Odessa scheint völlige Anarchie zu herrschen. Die Maximalisten haben die Unabhängigkeit Odessas ausgerufen. In Odessa trafen desertierte Trümmer der 164. Infanteriedivision ein, die bei Kaluez fast völlig aufgerieben wurde, und verbreiteten dort alarmierende Schreckensnachrichten. Darauf begannen Zusammenrottungen von Soldaten, Arbeitern und Matrosen, die Fahnen trugen und die Erschießung Kerenskis und der bürgerlichen Minister forderten. Als sich den Demonstrierenden Kosaken entgegenstellten, wurde das Feuer auf sie eröffnet. Die Kosaken erwiderten.

Das „Aftonblad" erfährt über Haparanda, daß in Moskau seit Sonnabend 60 000 Metallarbeiter streiken. Nach den letzten Nachrichten breitet sich die Ausstandsbewegung immer mehr aus. In Petersburger Regierungskreisen befürchtet man, daß sie auch auf andere Industriezweige übergreifen könnte. Die Regierung soll der Bewegung machtlos gegenüberstehen. Die Lebensmittelnot im Gouvernement Rjacian ist außerordentlich groß. Die Regierung ergriff Maßnahmen, um hundert Wagenladungen Roggenmehl dorthin zu senden.

Essenjow wurde, nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur, zum Justizminister und Mitglied der vorläufigen Regierung, Barischnikow zum Minister der öffentlichen Unterstützung ernannt. Beide sind Progressisten und Duma-Mitglieder.

Die Zurückdrängung der Russen in Ostgalizien.

Auch am 24. Juli blieb die machtvolle Vorwärtsbewegung unserer Truppen in Ostgalizien in vollem Gange. Wo der weichende Feind sich festzusetzen versuchte, wurde er mit raschen, mächtigen Schlägen geworfen. Kleinere und größere Massen von Gefangenen streben auf allen Wegen den Gefangenensammelstellen zu. Die Beute, über das ungeheure Operationsgebiet verstreut, läßt sich noch nicht annähernd feststellen. **Gegen 3000 Quadratkilometer Gebiet sind bereits den Händen der Russen entrissen.** Ebenso sind die räumlichen Vorteile, die Brussilow mit seiner letzten Offensive zu erzielen vermochte, schon längst wieder ausgeglichen. Mit prachtvollem Schwunge nahmen unsere Truppen die an vielen Stellen brennende Stadt Tarnopol und die südlich davon gelegenen Höhen von Oref—Zahira und wiesen heftige russische Gegenangriffe blutig ab. Ein verzweifelter Vorstoß, den die Russen südöstlich von Tarnopol aus der Richtung des Dörfchens Kabiaczia, in 16 Gliedern gestaffelt, mit Unterstützung von Panzerwagen vortrugen, brach unter den allerschwersten russischen Verlusten an Toten, Gefangenen und Material zusammen. Mit gleicher Macht wie östlich Tarnopol, stoßen unsere Truppen nach Südosten und Süden gegen die Bahnlinie Stanislau—Buczacz—Kopycpnoc vor. Während unter ihrem Drucke eine russische Verteidigungsstellung nach der andern in der Linie Stanislau—Nadworna zusammenbricht, wurde in den Waldkarpathen am 24. Juli der Jablonica-Paß und die nördlich abriegelnde Bergstellung des Sieneczat den Russen entrissen.

Der verzweifelte Widerstand, den die Russen zwischen Stanislau und Nadworna an der Bystrnca Nadwornsjanska leisteten, vermochten den russischen Zusammenbruch an diesem Frontabschnitt nicht mehr aufzuhalten. Auch hier wurden die Russen von den Unsrigen in ungestümem Drange nach vorwärts geworfen und die außerordentlich wichtigen Straßen und Bahnknotenpunkte der Städte Stanislau und Nadworna, die beiden Eckpfeiler der russischen Stellung, herausgebrochen. Eine größere Anzahl von Geschützen, darunter schwere, sowie noch nicht gezählte Feldgeschütze, Grabenkanonen und Minenwerfer und große Mengen an Munition und Verpflegung wurden eingebracht. Unsere Truppen stürmen unaufhaltsam weiter. In den Südkarpathen unternommene Entlastungsangriffe russischer Infanterie wurden abgewiesen. Am unteren Sereth gingen gegen unsere Stellungen nur zwei Züge Infanterie vor, die mühelos zurückgeworfen wurden.

Auf dem Nordteil der russischen Front erlahmten die russischen Angriffe nach ungeheuren Blutopfern der letzten Tage. Von dem südwestlich Dünaburg erzielten Geländegewinn wurde den Russen ein Teil durch unsere Stoßtrupps wieder abgenommen. Ein russischer, in tausend Meter Breite südlich Smorgon vorgetragener Angriff wurde leicht abgeschlagen. Die Beute aus den Kämpfen vom 22. und 23. Juli beträgt gegen 500 Gefangene und eine große Zahl Maschinengewehre. Die blutigen Verluste der Russen sind indessen ganz außerordentlich schwer.

„Rjetsch" meldet von der russischen Front, daß der Rückzug der russischen Truppen an verschiedenen Frontteilen bereits 60 Kilometer in der Tiefe betrage. Infolge der in zahlreichen Formationen herrschenden, von den Maximalisten verursachten Desorganisation nehme der Rückzug nach dem Durchbruch der Front bei Zborow teilweise ungeordneten Charakter an. Es sei zumindestens fraglich, ob der Rückzug am Dnjestr zum Stehen kommen werde. Man müsse sich auf eine Preisgabe des eroberten Gebietes bis zum Sereth gefaßt machen. Halicz sei leider bereits verloren. Der Feind entwickele außerordentliche Schnelligkeit im Vormarsch und verwende Reiterei und Flugzeugstaffeln in der Verfolgung. In den in Frage kommenden Hauptaufnahmestellen müßte die russische Armee völlig neu aufgebaut und reorganisiert werden. Der Verrat von Zborow werde den Maximalisten nicht vergessen werden.

Die Kriegslage.

Berlin, 25. Juli, abends. (Amtlich.)
Aufs äußerste gesteigerter Feuerkampf in Flandern.
Unsere raschen Fortschritte in Ostgalizien haben die Russen gezwungen, in den Karpathen auch südlich des Tartaren-Passes zu weichen.

*

Wien, 25. Juli. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

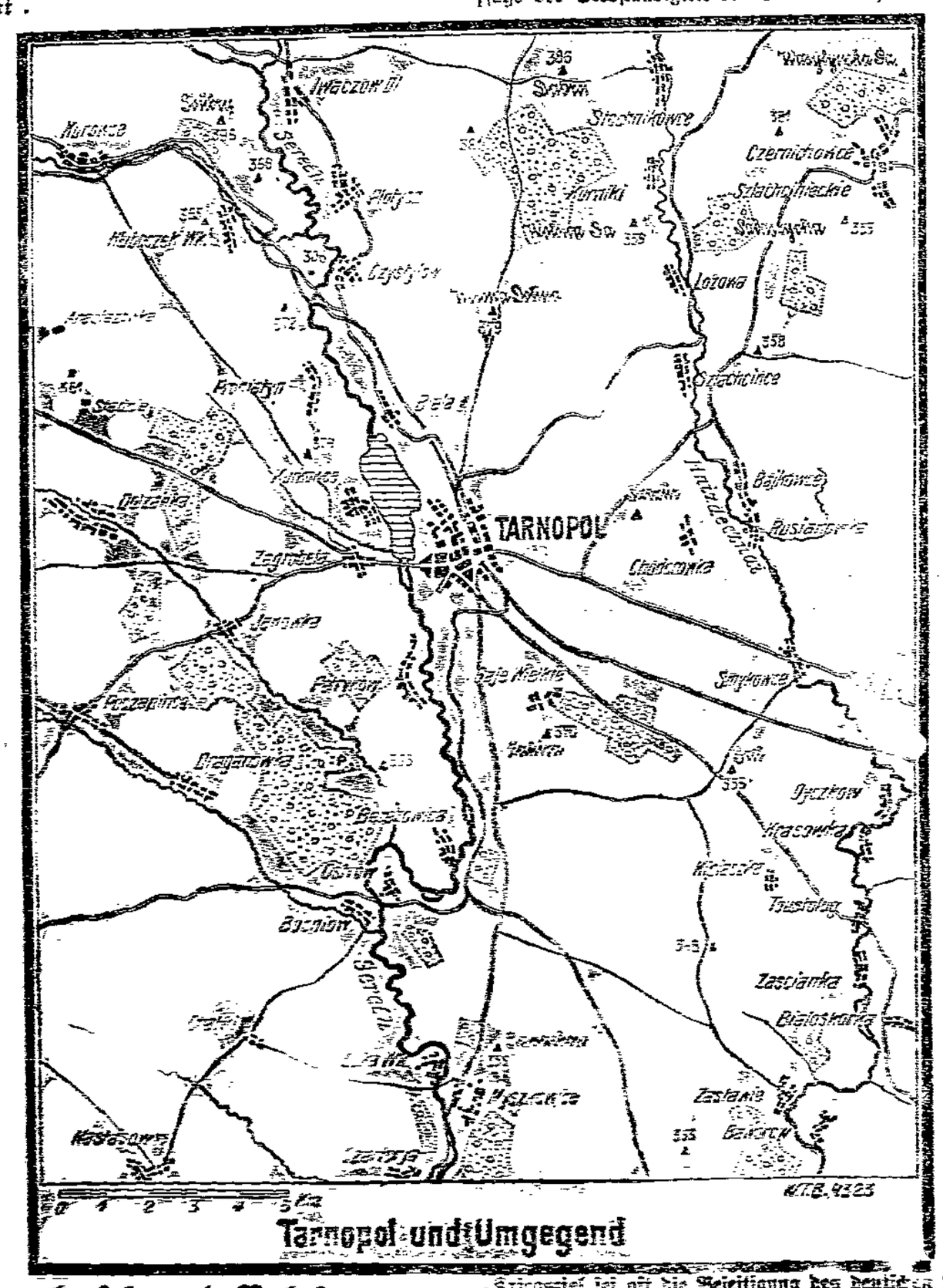
In Ostgalizien wurden gestern die Operationen der Verbündeten durch neue Erfolge gekrönt. Oesterreichisch-ungarische Truppen haben Stanislau und Nadworna, deutsche Kräfte Tarnopol genommen. Die dem Feinde nachdrängenden Korps der Verbündeten stießen mehrfach auf neuaufleben den russischen Widerstand. Der Nordflügel der Armee des Generalobersten v. Köveß warf die Russen im Tataren-Paß in zähem Ringen aus ihren Höhenstellungen. Die Bystritza Nadworinska konnte von den österreichisch-ungarischen und deutschen Divisionen erst nach erheblichen Kämpfen überschritten werden. Auch im Bereiche der unteren Zlota Lipa stellten sich die Russen zu wiederholten Malen. Südlich von Tarnopol warf der Feind vergeblich dichte Massen den deutschen Regimentern entgegen. In den Wald-Karpathen ließ zwischen dem Tataren-Paß und der Susita die Tätigkeit des Feindes nach. Nördlich des Putna-Tales wiederholte er seine Angriffe; seinen Sturmkolonnen wurde nach eng begrenzten Anfangserfolgen Halt geboten.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die lebhafte Artillerietätigkeit am Isonzo hielt auch gestern an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.



Frankreich und Belgien.

Der französische Sozialisten-Ausschuß gegen die Zimmerwalder.

Der ständige geschäftsführende Ausschuß der sozialistischen Partei erklärte entgegen dem Wunsche des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, jede Erörterung der Einladung des Zimmerwalder-Verbandes von Bern günstig zu beantworten, daß nur die deutschen, französischen, englischen und die übrigen im August 1914 im Internationalen Sozialistischen Bureau eingeschriebenen Organisationen nach Stockholm eingeladen werden sollen, mit Ausschluß des Zimmerwalder-Verbandes von Bern, der als nicht bestehend betrachtet werde. Dagegen sollen die italienische sozialistische Partei, die nach der Kriegserklärung ausgeschieden sei, der französische Arbeitsbund und der amerikanische Bund (Gompers) eingeladen werden.

*

Die unterdrückten russischen Berichte.

Das „Berner Tagblatt" verbeut die russischen Berichte vom 20., 21. und 22. Juli mit nachstehender Bemerkung: Wir erhielten seit einigen Tagen keine direkten Depeschen mehr von Petersburg. Heute kommen uns merkwürdigerweise einige Depeschen zu auf dem Umwege über das Wolffbureau. Bisher erhielten die schweizerischen Blätter russische Nachrichten über Paris. Wir konnten heute mehr als einmal feststellen, daß die Nachrichten in Paris zugerichtet, frisiert und zensuriert waren. Man gab dem französischen und schweizerischen Publikum nur das, was der französischen Zensur genehm ist. Heute erhalten wir direkt über Berlin die obigen Meldungen, die uns die französische Zensur sicher unterdrückt. Wir hoffen, daß man weiter für die Verbreitung der Wahrheit über Rußland besorgt werde. Der Inhalt der drei Depeschen ist derart, daß man wohl begreift, daß die französischen Behörden sich Mühe geben, sie zu unterdrücken.

Rußland.

Ein Geheimbefehl der provisorischen Regierung?

Stockholm, 24. Juli 1917. (Eigener Bericht.)

Das hiesige sozialistische Blatt „Politiken", das von den Bolschewiki gespeist wird, publiziert im Einverständnis mit dem Arbeiterrat einen erlassenen Geheimbefehl der provisorischen Regierung vom 17. Juli 1917, wonach einige Torpedoboote sofort heimlich nach Petrograd zu entsenden sind, die Abreise anderer Kriegsschiffe mit bolschewikisch gesinnten Mannschaften von Kronstadt aber jedenfalls zu verhindern sei, nötigenfalls selbst durch Torpedierung mittels U-Boot. Dieser Befehl beweise, daß die Regierung Landesverrat treibe.

England.

Die englischen Kriegsziele und der deutsche Reichskanzler.

Reutermeldungen aus London besagen: Lord Robert Cecil antwortete auf die Kritik Dillons über die Balkanpolitik der Regierung und der Operationen bei Saloniki. Cecil wies die Vorwürfe Dillons über die Moral der Truppen zurück. Er nahm Anstoß an der Auffassung Dillons, daß die Regierung im Begriffe sei, Serbien im Stiche zu lassen; das sei absolut unrichtig. Die Regierung beabsichtige durchaus nicht, von ihrer Verpflichtung zurückzutreten, nämlich, daß Serbien vollständige Wiederherstellung und Entschädigung haben müsse. Cecil erklärte sich mit der Aeußerung eines Abgeordneten einverstanden, daß **Oesterreich nicht der Hauptfeind sei; der Hauptfeind müsse Deutschland sein.** Der zweite Grundsatz, für den England Krieg führt, sei ein dauerhafter Ausgleich und befriedigender Friede, der **nicht auf Eroberung und Herrschaft,** sondern auf dem Grundsatze der **Selbständigkeit der Völker** beruhe. Als drittes großes Kriegsziel sei oft die **Beseitigung des deutschen Militarismus** bezeichnet worden. Sie bildet tatsächlich einen Teil des zweiten Grundsatzes. **Er wünsche die Vernichtung des deutschen Militarismus,** weil er eine große Gefahr für den künftigen europäischen Frieden bedeute. Die **Rede des deutschen Reichskanzlers** enthalte zwei charakteristische Züge: Erstens verlange er für Deutschland einen siegreichen Frieden, und zweitens lehne er jede demokratische Gestaltung der deutschen Verfassung ab. Das seien **Charakterzüge von schlimmster Vorbedeutung.** Lord George sagte, mit einem **demokratischen** Deutschland würde es leichter sein, Frieden zu schließen. Er sei **derselben** Meinung, denn wenn Deutschland demokratisch gewesen wäre, so würde dieser Krieg nicht stattgefunden haben. **Wenn in Deutschland wirklich eine demokratische Regierung errichtet würde, so wäre damit die starke Bürgschaft gegeben, daß die deutsche Politik eine endgültige Wendung genommen hätte, und daß die Gefahren, deren man sich in Zukunft von Deutschland zu versehen hätte, entsprechend vermindert würden.**

*

Kriegskredite und Steuerlasten.

Reuter meldet aus dem Unterhaus: Bonar Law brachte eine Kreditvorlage über 650 Millionen Pfund Sterling ein, wobei er sagte: Es handelt sich um einen Kredit, der um 150 Millionen höher ist als irgend einer der früheren. Die durchschnittliche Tagesausgabe aus dem letzten Kredit übertraf den Voranschlag um eine Million Pfund täglich. Der Voranschlag war 5 400 011 Pfund täglich, wogegen sich die tägliche Ausgabe an 112 Tagen eines Fiskaljahres auf 6 709 055 Pfund Sterling stellte. Von diesem Mehr an Ausgaben entfallen 56 000 auf das Heer, die Flotte und Munition, 569 000 auf Vorschüsse an die Alliierten und Dominions und 307 000 Pfund Sterling auf Verschiedenes. Bonar Law erklärte, er sei einigermaßen enttäuscht, daß trotz der Hilfe Amerikas die Vorschüsse an die Alliierten zugenommen haben. Man habe sich jedoch immer auf den Standpunkt gestellt, daß die Alliierten ein Ganzes bildeten. **Die Bürde, die England auf sich genommen hat, sei groß,** aber es könne sie als **Beweis für die eigene Selbstlosigkeit** betrachten. Er sei überzeugt, daß **der Präsident Wilson und seine große Nation diese Frage mit Hochherzigkeit behandeln würden;** aber besser gesagt, mit Verständnis, daß die Sache der Alliierten eine gemeinsame sei und daß man sich darauf verlassen könne, von den Unionstaaten Mittel zum Ankauf von Vorräten aller Art für die Alliierten zu erhalten. **Die gesamten Vorschüsse an die Alliierten und Dominions betrugen 1025 Millionen,** an die Dominions allein nur 146 Millionen. Die Zunahme der Ausgaben für das Heer, fuhr Bonar Law fort, sind darauf zurückzuführen, daß wir größere Zahlungen an Indien für Dienste leisteten, die mit dem Kriege zusammenhängen. Das soll heißen, daß wir ein stärkeres Truppenaufgebot von Indien erhielten, als wir bei der Aufstellung der Voranschläge erwarteten. Auch für die Flugzeuge nahmen die Ausgaben zu. Auch der Umstand, daß unsere Verluste an der Front geringer als in den letzten Jahren waren, erhöhte die Ausgaben für das Heer. **Die tägliche Nettozunahme an Kriegskosten** war, abgesehen von den Anleihen an die Alliierten und den Ausgaben, die wir in der Folge zurückerstatteten, **300 000 Pfund Sterling.** Es ist offenbar, daß der Voranschlag erheblich überschritten werden mußte, in der Hauptsache wegen der Alliierten. **Die Gesamtsumme der Kriegskredite beträgt 5292 Millionen Pfund Sterling.** Kein Land, auch wenn es die größten Hilfsquellen der Welt besitzt, kann mit größerem Rechte sagen, was ich bei früheren Gelegenheiten sagte, daß **nicht Mangel an Geld uns hindern wird, den Krieg zu gewinnen,** worauf wir alle hinarbeiten. — Mac Kenna sagte, die vom Schatzmeister genannten Zahlen enthielten nicht den sehr großen Betrag, der an Zinsen für die öffentliche Schuld ausgegeben wurde. Man müsse vor Schluß des laufenden Fiskaljahres mit einer **täglichen Gesamtausgabe von acht Millionen Pfund Sterling** rechnen. Die **tägliche Einnahme** betrage etwa **zwei Millionen.** Es müßten also sechs Millionen durch Anleihe aufgebracht werden. **Das bedeutet eine weitere Einkommensteuer von 3 Schilling, 4 Pence auf ein Pfund.** Wenn man dies auf die bestehende Einkommensteuer schlage, werde die Leistung des britischen Steuerzahlers auf das ungeheure Verhältnis von **acht Schillig auf das Pfund** gebracht. — Die Kriegskredite wurden bewilligt.

*

Ein Friedensantrag im englischen Unterhaus.

Das Unterhaus wird am Donnerstag über einen Zusatzantrag zu dem Anleihegesetz verhandeln, der von den Friedensfreunden Ramsey Macdonald und Trevelyan eingebracht worden ist. Dieser erklärt: „Die jüngste Friedensentschließung des deutschen Reichstages bringt die Grundsätze zum Ausdruck, für die unser Land eintritt", und verlangt von der Regierung, daß sie gemeinsam mit den Alliierten ihre Friedensbedingungen von neuem feststellt. Weiter heißt es in dem Zusatzantrag, die Alliierten sollten den russischen Vorschlag annehmen, daß an den bevorstehenden Beratungen über die Kriegsziele auch Vertreter der Völker, nicht nur Staatsmänner der Regierungen teilnehmen sollen.

Der Balkankrieg.

Saloniki vorläufige serbische Hauptstadt.

Der Athener Berichterstatter der „Tribuna" **meldet:** Griechenland willigte ein, daß die serbische Hauptstadt für die Dauer des Krieges nach Saloniki verlegt werde.

*

Das neue rumänische Kabinett.

Havas meldet aus London: Wie die „Times" aus Jassy erfährt, ist die Ministerkrise beigelegt. Der König beauftragte Bratianu mit der Neubildung des Kabinetts.

Der Seekrieg.

Neue Versenkungen deutscher Schiffe?

Einem Amsterdamer Blatte wird aus Willemsoord vom 23. Juli gemeldet: Es verlaute, daß in der Nähe von Texel, wahrscheinlich außerhalb des niederländischen Hoheitsgebietes, zwei deutsche Schiffe versenkt und zwei andere aufgebracht wurden. Der Lotse des deutschen Dampfers „Norderney" erklärte, wie aus Nieuwediep gemeldet wird, daß das Schiff in einer Entfernung von zwei Meilen von der Küste versenkt wurde.

*

Ein holländischer Dampfer von einem Flugzeug aufgebracht.

WTB. Berlin, 25. Juli. (Amtlich.)
Am 23. Juli früh hat eines unserer Flugzeuge in der Hoofden den holländischen Dampfer „Gelderland" (1877 Br.-Reg.-To.) angehalten und mit Unterstützung von Torpedobooten nach Zeebrügge eingebracht.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Eine Kriegsziel-Konferenz der Alliierten.

Dem „Manchester Guardian" wird aus Washington vom 15. Juli gemeldet: Es sei bereits so gut wie beschlossen, in Neuyork eine Konferenz abzuhalten, an der russische, französische, englische, italienische und amerikanische Vertreter teilnehmen sollen. Der Zweck der Konferenz sei, neue Kriegsziele der Alliierten anzugeben. Frankreich und England nahmen die Einladung an.

*

Das kanadische Dienstpflichtgesetz angenommen.

Das kanadische Unterhaus nahm mit 162 gegen 44 Stimmen das Dienstpflichtgesetz in dritter Lesung an.

*

Das chilenische Ministerium

gab seine Entlassung.

*

Die Kanzlerrede im amerikanischen Senat.

Senator Lewis erklärte bezüglich der letzten Rede Michaelis', sie sei eine direkte Einladung an die Vereinigten Staaten, ihren Einfluß zugunsten des Friedens geltend zu machen. Man glaube, daß die Mittelmächte geneigt seien, einen Frieden ohne Sieg anzunehmen. Senator Lewis sagte, als er gefragt wurde, ob die Bemerkung des Kanzlers, daß die fortgesetzte Verwendung der U-Boote die Alliierten auf die Knie zwingen werde, wie ein Friedensangebot aussehe, er habe aus der Lektüre der Rede den Eindruck erhalten, daß Deutschland sich mit der Wiederherstellung des Standes vor dem Kriege begnügen werde. Senator Borah fragte, ob Senator Lewis die Frage der zukünftigen Regierungsform in Deutschland in Betracht gezogen habe. Er, Borah, glaube nicht, daß Deutschland bereits

einen Punkt erreicht habe, wo es ausländischen Einflüssen gestattet werde, ihm die Form seiner Regierung vorzuschreiben. Lewis antwortete: Die russische Revolution hat in Deutschland großen Eindruck gemacht. Es ist meine Ueberzeugung, daß in Deutschland bereits Einflüsse am Werke sind, die Anlaß zu großen inneren Reformen sein werden.

•

Die Kriegsrüstungen der Vereinigten Staaten.

Schatzsekretär Mac Adoo erklärte in der Finanzkommission des Senats, daß wahrscheinlich zwei Milliarden Dollar für Anleihen an die alliierten Länder benötigt werden würden. Dies ist vermutlich einer der Gründe, warum die Regierung die Bewilligung von weiteren fünf Milliarden Dollar verlangt. Die ursprüngliche Zahl der Kreditvorlage war für die Bedürfnisse einer Armee von 500 000 Mann und für die Zeit von acht Monaten berechnet. Jetzt ist beabsichtigt, für diese Armee für ein volles Jahr vorzusorgen und außerdem für weitere 500 000 Mann. Für denselben Zeitabschnitt ist also die Aushebung einer amerikanischen Armee von einer Million Mann anstatt einer halben Million als erstes Aufgebot in Aussicht genommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der neue Chef der Reichskanzlei.

An Stelle des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe tritt Landrat von Grävenitz als Chef der Reichskanzlei. Bisher wirkte der Landrat als Leiter der Reichsfettstelle, in welcher Eigenschaft er mit dem Reichskanzler in näheren Verkehr gekommen ist. Landrat von Grävenitz gilt als strammer Agrar-Konnservativer. Das „Berliner Tageblatt" erinnert daran, daß sich Herr v. Grävenitz vor einigen Monaten durch eine Rede, die er in einer Versammlung der Landfrauen hielt, nicht gerade wohlwollend bemerkbar gemacht hat. Er entrüstete sich über die „städtischen Schimpfereien", er spottete über den „freundlichen Herrn", der zum Bauern komme wenns dunkel wird, „und der ihm 8 bis 10 Mark für ein Pfund Butter" bietet; er sprach von den „Städtern, die in Haufen kommen und betteln, egal, was es kostet, aber wir wollen die Butter haben." Dieser Anfang in der Auswahl der Mitarbeiter des Reichskanzlers ist nicht gerade verheißungsvoll.

Staatssekretär Solf bleibt.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf tritt in einem an Hamburger Kolonialkreise gerichteten Telegramm dem Gerücht entgegen, als ob er zum Nachfolger Zimmermanns im Auswärtigen Amt ausersehen sei. Herr Solf versichert: „Ich denke nicht daran, das mir lieb gewordene Amt zu verlassen, um so weniger, als ich nach den Leidensjahren des Krieges von der glücklichen Zukunft unserer kolonialen Sache fest überzeugt bin."

Für einen Verständigungs- und Ausgleichsfrieden.

In Frankfurt a. M. hat die Zentrumspartei eine Entschließung angenommen, die u. a. besagt: Der Reichsausschuß der Zentrumspartei bekennt sich zu einem Frieden der Verständigung und des Ausgleichs, der Deutschlands politische Sicherung und wirtschaftliche Weiterentwicklung gewährleistet.

Wahlrechts-Obstruktion?

In der „Post" stellt Freiherr v. Zedlitz Betrachtungen über die preußische Wahlrechtsvorlage an und setzt auseinander, daß das gleiche Wahlrecht, keineswegs gleichbedeutend mit dem Reichstagswahlrecht sei. Auf das im Reichstag von Scheidemann ausgesprochene Verlangen, daß die Legislaturperiode des Landtages nicht verlängert werden dürfe, ehe nicht die Wahlrechtsvorlage erledigt sei, antwortet Freiherr von Zedlitz mit dem Hinweis, daß die beiden Häuser des Landtages die Verhandlungen solange hinziehen könnten, daß Neuwahlen unter dem Dreiklassenwahlsystem zu erzwingen wären, da die Legislaturperiode des Landtages bereits im Juni nächsten Jahres ablaufe.

Die Kundgebung des Admirals Scheer.

Der Chef der deutschen Hochseeflotte hat an den „Unabhängigen Ausschuß, Abteilung Harburg" folgendes Telegramm gesandt:

Den 17. Juli.

„Für die Grüße der Versammlung meinen besten Dank. Möge das deutsche Volk sich auf die Einigkeit, den begeisterten Opfersinn und die felsenfeste Zuversicht der ersten Kriegstage besinnen und nicht an der Schwelle des Sieges schmachvoll auf seine Zukunft verzichten.

Scheer, Admiral, Chef der Hochseestreitkräfte.

Heeres- und Flottenleitung sollten außerhalb des politischen Streites stehen. Dann wird der Reichskanzler dafür sorgen müssen, daß sie sich in diesen Streit nicht durch herausfordernde Kundgebung einmischen.

Amerika.

Aufstand in Ecuador. Aus Panama wird über Neuyork gemeldet: Ein Telegramm aus Manabi in Ecuador berichtet, daß dort ein Aufstand gegen den Präsidenten von Ecuador Morena ausgebrochen ist.

Die Einheitszeitung.

Die „Münchener Post" spottet:

Die Papiernot zwingt zu einer neuen einschneidenden Kriegsmaßnahme, die aber durchaus nicht die erprobte Opferfreudigkeit des deutschen Volkes weiter belastet, sondern im Gegenteil in weiten Kreisen volles Verständnis, ja sogar lauten Jubel auslösen wird. Wir haben Einheitsbrot, Einheitsfleischmarken, Einheitskriegsmus. Einheitsbier und Einheitsstiefel stehen bevor. Es liegt also nahe, auch die geistigen Bedürfnisse kriegsmäßig zu organisieren und zu kontingentieren durch die — deutsche Einheitszeitung.

Die Hauptschriftleitung ist natürlich in Berlin. Die in der Reichshauptstadt hergestellte deutsche Einheitsmeinung wird vom Wolffschen Telegraphenbureau auf dem raschesten Wege den Bundesstaaten zur Weiterverbreitung übermittelt. Von Zeitungshöchstpreisen wird Abstand genommen. Dagegen haben alle Blätter bei Inkrafttreten der Einheitszeitung ihr Erscheinen einzustellen. Nur die Zeitungsköpfe werden beibehalten, um dem naiven Zeitungsleser bei K.-Kaffee-Ersatz mit K.-Brot und K.-Mus die K.-Zeitung mundgerechter zu machen.

Die deutsche Einheitszeitung wird ein Segen für das ganze Volk werden. Keine aufreizende Kritik, kein politisches Gezänk, kein Parteihader mehr! Die vielfach drückend empfundene Zensur wird auch ohne Reichstag verschwinden und ewiger Burgfriede wird herrschen. Zur richtigen Bewirtschaftung der K.-Zeitung wird eine K.-Gesellschaft (Sitz Berlin) gegründet. Wie verlautet, soll dazu das Hotel Adlon angekauft worden sein. Sämtliche ledernen Klubsessel im Deutschen Reiche sollen dafür beschlagnahmt werden. Die K.-Gesellschaft für deutsche Einheitsmeinung (Dem.) wird die deutsche Einheitszeitung (Dez.) nach bekanntem Muster wegorganisieren und dadurch das deutsche Volk vor der Einheitsverdummung (Ev.) retten.

Der amtliche Kriegsbericht.

Erfolg lübscher Truppen in Flandern.
Französische Schlappen — 1150 Franzosen gefangen.
Weiteres Vordringen im Osten.

WTB. Großes Hauptquartier, 26. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In unverminderter Heftigkeit, vielfach zum Trommelfeuer anschwellend, tobte zwischen der Küste und der Lys die Artillerieschlacht weiter. Nachts ließ der Feuerkampf nur wenig nach. Bei Hellwerden steigerte er sich erneut zu größter Stärke.

Die englischen Erkundungsvorstöße dauerten an. Erfolg hatten sie nicht.

Im Artois lag wieder heftige Artilleriewirkung auf den Stellungen bei Lens.

Bei Monchy erkämpften lübeckische Sturmabteilungen zusammen mit Flammenwerfern ein wichtiges Grabenstück, das der Feind dreimal vergeblich zurückzuerobern versuchte.

Front Deutscher Kronprinz

Nach ausgezeichneter Feuerwirkung stürmten abends Teile westfälischer Regimenter die französischen Stellungen südlich von Ailles in 1800 Meter Breite und 400 Metern Tiefe.

Heute morgen brachen zu überraschendem Angriff niederrheinische Bataillone nordwestlich des Gehöftes Hurtebise vor und entrissen dem Feinde beherrschende Teile des Höhenkammes.

In der Champagne führten schleswig-holsteinische und märkische Truppen einen schneidigen Vorstoß erfolgreich durch. Sie nahmen am Hochberg die Reste des am 14. Juli in der Hand der Franzosen gebliebenen Geländes zurück.

Der Gegner führte auf den drei Gefechtsfeldern fruchtlose Gegenangriffe, die seine blutigen Verluste erhöhten. Im ganzen sind über 1150 Gefangene, darunter 46 Offiziere, und zahlreiche Grabenwaffen eingebracht worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Front des Generalobersten von Eichhorn.

Südlich von Smorgon verkleinerte unsere zusammengefaßte Artilleriewirkung die Einbruchsstellen der Russen. Der Feind mußte dort weichen. Fast die ganze frühere Stellung ist wieder in unserem Besitz.

Heeresgruppe des Generalobersten Boehm-Ermolli.

In heftigen Kämpfen gewannen unsere Divisionen die Höhen nordöstlich von Tarnopol und dem Gniezna-Abschnitt bis zur Straße Trombowla-Husiatyn. Weiter südwestlich sind Buczacz, Tlamacz, Ottynia und Delatyn genommen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Die russische Karpathenfront ist durch den Druck nördlich des Dnjestr nun auch südlich des Tartaren-Passes ins Wanken gekommen. Der Feind geht dort in Richtung auf Cernowitz zurück. Im Angriff wurden die Russen gestern von den Baba-Ludowa-Höhen geworfen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Vom Mittag bis zur Dunkelheit lebhafter Feuerkampf am Unterlauf des Sereth.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Gegen den Raubbau an der Jugend

wendet sich die „Arbeiter-Jugend" mit folgenden Ausführungen: An Worten zum Schutz der Jugend hat es in diesen drei Kriegsjahren nicht gefehlt. Es gibt kaum noch einen Kommandobezirk in Deutschland, in dem nicht Erlasse gegen den Tabak- und Alkoholgenuß, den wahllosen Besuch von Lichtspielen, das „beschäftigungslose Herumtreiben auf Straßen und Plätzen", den Vertrieb von Schundschriften und die Verabfolgung von Waffen und Schießbedarf veröffentlicht worden wäre. Auch hörte man immer wieder, daß die Verdienstmöglichkeiten der jugendlichen Arbeiter gewaltig zugenommen hätten und daß viele jugendlichen Arbeiter von ihrem Arbeitsverdienst nicht den rechten Gebrauch machten. Wir vermissen aber bei allen diesen von den besten Absichten erfüllten Erlassen etwas sehr Wichtiges: Weshalb untersuchen sie nicht, wie die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen die „hohen" Löhne verdienen? **Wieviel Ueberstunden, wieviel versäumte Nachtruhe, wieviel Sonntags- und Feiertagsstunden in den Löhnen stecken? Und wieviel Schädigung der Gesundheit?** Könnten wir doch endlich auf diesem Gebiete zum Schutze der Jugend machtvolle Taten sehen! Auch Freunde der Jugend aus anderen Lagern verlangen Wiederherstellung und Ausbau des Jugendschutzes. So wendet sich der katholische Arbeiterführer Giesberts in katholischen Zeitungen sehr entschieden „gegen das Uebermaß von Arbeit", das den Jugendlichen während des Krieges zugemutet wird. Er spricht von „Raubbau an der Jugendgesundheit" und von der „größten Gefahr für die Zukunft". Die vollständige Willkür der Unternehmer habe zu einer erschreckenden Steigerung der Krankheits- und Unfallziffern geführt. Giesberts verlangt schleunigste Abwehr gegen das Unheil: Sammlung von Material über die Mißstände und rücksichtslose Verfolgung der Jugendausbeuter, Hand-in-Hand-arbeiten der Gewerkschaften und der Jugendvereine, Einwirkung auf die Unternehmer, Mobilmachung der Polizei und Gewerbeinspektion, Aufklärung der Abgeordneten in den Parlamenten, die der Aufklärung über den Jugendschutz dringend bedürfen, Eingaben an den Reichstag, damit er die Jugendgesetze bald wieder in Kraft treten lasse.

Hoffentlich finden die Forderungen des katholischen Arbeiterführers in den katholischen Jugendvereinen kräftigen Widerhall. Aus allen Lagern der Jugendbewegung sollte der Reichstag um mehr Jugendschutz bestürmt werden. Dabei sei uns eine Frage erlaubt: Wo bleibt eigentlich wieder einmal die Kirche? Noch gilt doch für alle Bekenntnisse das dritte Gebot: „Du sollst den Feiertag heiligen." Fabrikarbeit ist sicher nicht die rechte Sonntagsheiligung, zumal nicht für junge Menschen! Alle Geistlichen müßten für die völlige Sonntagsruhe der Jugend eintreten. Die Abschaffung der Nachtarbeit ist allerdings nicht minder wichtig. Der christliche Abgeordnete Giesberts hat recht: Was nützen uns schließlich alle Bestrebungen für die körperliche Ertüchtigung der Jugend, wenn die gewerbliche Ausbeutung das alles wieder zerstört.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 26. Juli.

Die Eroberungspläne der Deutsch-baltischen Gesellschaft sind von uns wiederholt klargelegt und bekämpft worden. Dennoch haben Angehörige dieser politischen Organisaton, die sich vom lübeckischen Staat eine Unterstützung von 10 000 Mk. erbat und gestern auch vom Bürgerausschuß auf Antrag des Senates bewilligt erhalten hat, bis zuletzt so getan, als ob es sich nur um eine Stärkung des Deutschtums in den baltischen Provinzen Rußlands, nicht aber um eine Annexionspropaganda handele. Das mag vielleicht auch solche Mitglieder des Bürgerausschusses, die in politischen Dingen noch etwas naiv sind, mit dazu bewegt haben, für die Vorlage des Senats zu stimmen. Außerordentlich bezeichnend ist es jedoch, daß erst heute, nachdem die 10000 Mark bewiligt sind, die alldeutschen „Lübeckischen Anzeigen" den Bericht über den vor sieben Wochen in der Gründungsversammlung der hiesigen Ortsgruppe gehaltenen Vortrag des Legationsrates v. Schwerin zum Abdruck bringen. Scherzhaft bemerkt die Redaktion dazu, daß sie wegen „andauernden Papiermangels" erst jetzt dazu kommt, diese Ausführungen zu veröffentlichen, die in den unzweideutigen Schluß ausklingen: „Deshalb müssen diese Provinzen deutsch werden." Ein so klares Bekenntnis zur Annexion kennzeichnet den wahren Charakter der Gesellschaft am unwiderleglichsten. Das Amtsblatt glaubt dem „Volksboten" eins versetzen zu können, indem es in einer Bemerkung zu dem Bericht behauptet, wir hätten uns zum Sprecher derjenigen aufgeworfen, „die Deutschlands Verkümmerung gern mit in den Kauf nehmen, wenn nur ihr Parteiprogramm erfüllt wird." Selbstverständlich ist eine glatte Unwahrheit, daß wir jemals für eine Verkümmerung Deutschlands gesprochen hätten. Aber die alldeutschen Heimeroberer suchen anderen einzureden, daß derjenige, der einen Frieden des Rechts und der Verständigung fordert, und ihre sinnlosen Annexionsbestrebungen verwirft, mit einer Verkümmerung Deutschlands einverstanden sei. Dann will wohl auch der Deutsche Reichstag und die Regierung derartiges. Schon durch diesen Hinweis dürfte die Lächerlichkeit eines derartigen Angriffs dargetan sein.

Der Bürgerausschuß stimmte gestern folgendem Antrag Peckelhoff zu: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht diejenigen Fußwege über die Felder, die dem öffentlichen Verkehr nur wenig nützlich sind, zeitweilig gesperrt oder aufgehoben werden können.

Erhöhung der Beförderungsgebühren. Am 1. August tritt das Reichsgesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs vom 8. April 1917 hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs von Gütern, Tieren, Leichen, Fahrzeugen und Expreßgut einschließlich Milch in Kraft. Von diesem Zeitpunkt erhöhen sich alle deutschen Beförderungsgebühren um rund 7 Prozent. Neben der Güterabgabe wird der Frachturkundenstempel weiter erhoben; er wird für Frachtstückgut und Expreßgut auf 15 Pfg., für Eilstückgut auf 30 Pfg. erhöht, für Frachtgut in Wagenladungen bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 Mk. beträgt er nunmehr 1 Mk. 50 Pfg., bei höheren Frachtbeträgen 3 Mk., für Eilgut in Wagenladungen 3 Mk. und 5 Mk. Bei der Beförderung der Kohlen erhöhen sich die Stempelbeträge für Wagenladungen auf 2 Mk. und 4 Mk. — Stückgüter, die mit Eilfrachtbriefen aufgegeben, aber zu ermäßigten Frachtsätzen befördert werden, unterliegen künftig dem Stempel für Frachtstückgut. — Die in Händen der Verkehrsreisenden befindlichen Frachturkundenstempelmarken zu 10 und 20 Pfg. können weiter verwendet werden, jedoch sind den Frachtbriefen für Frachtstückgut und den Eisenbahnpaketadressen zur Ergänzung Stempelmarken zu 5 Pfennig und den Frachtbriefen für Eilstückgut 10 Pfennig zuzukleben. Das gleiche gilt von den Vordrucken mit eingedrucktem Stempel.

Verbot der gewerbsmäßigen Herstellung von Obstwein. Der außerordentlich große Bedarf an Frischobst sowie an Marmeladen macht es erforderlich, alle hierfür verwendbaren Mengen an Obst uneingeschränkt diesen Zwecken zuzuführen und insbesondere die bei weitem weniger dringliche Obstweinbereitung tunlichst einzuschränken. Demgemäß war es erforderlich, eine entsprechende Bekanntmachung zu erlassen. Ausnahmen können nur für die Herstellung von Heidelbeerwein sowie in gewissen Fällen für die Herstellung von Apfelwein zugelassen werden, worüber die zuständigen Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst zu entscheiden haben.

Liefert die Knochen ab! Die Verordnung des Polizeiamtes vom 5. Juli ds. Js., welche u. a. auch den Haushaltungsvorständen auferlegt, die im Haushalte anfallenden Knochen an die Sammelstellen der Firma M. H. Lissauer u. Co. abzuliefern, wird, wie die zur Ablieferung kommenden verhältnismäßig geringen Knochenmengen vermuten lassen, vielfach nicht beachtet. So verschwinden noch große Knochenmengen in den Mülleimern, andererseits werden die ausgekochten Knochen vielfach an Händler verabfolgt, die keinen Ausweis als Knocheneinsammler haben und daher zum Ankauf von Knochen nicht berechtigt sind. Dadurch werden viele Knochen ihrer wichtigen Zweckbestimmung, nämlich der Gewinnung von Speisefett, das uns so nötig ist, entzogen. Es ist, so schreibt das Polizeiamt, im höchsten Grade bedauerlich, daß es in diesen ernsten Zeiten immer noch Leute gibt, die sich leichtfertig und gedankenlos über die behördlichen Anordnungen einfach

hinwegsetzen. Sie sollten sich doch bewußt sein, daß sie damit der Allgemeinheit in nicht geringem Maße schaden. Vorschriften, wie die hier in Rede stehenden, können nur zum Ziele führen, wenn alle Kreise der Bevölkerung sie peinlichst beachten. Darum liefert die Knochen an die dafür bestimmten Stellen ab! Je mehr Knochen abgeliefert werden, desto mehr Fett kann unter die Bevölkerung verteilt werden. Wer den Vorschriften nicht entspricht, kann mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden. Das Polizeiamt wird gegen jeden, der gegen die Vorschriften verstößt, rücksichtslos strafrechtlich einschreiten. Im Interesse der Allgemeinheit wird übrigens die Bevölkerung zweckmäßig alle Händler, die sich zum Ankauf von Knochen anbieten und sich als Knocheneinsammler nicht ausweisen können, dem Polizeiamt anzeigen.

Blutstillung. Ein Sendschreiben an die Truppen im Felde von Prof. Dr. med. R. Thoma (Heidelberg). Die Blutstillungsmittel der Chirurgen sind mannigfaltige und manche derselben sind, wie zum Beispiel die Kompression der verletzten Stelle und wie der um ein blutendes Glied geschnürte Hosenträger, von jedermann mehr oder weniger leicht anzuwenden. Doch kann die Kompression und die Umschnürung des verletzten Gliedes nicht immer zur Anwendung gelangen, wenn die Verletzung nahe der Wurzel des Gliedes sitzt, oder wenn der Verletzte nicht imstande ist, sich selbst zu bedienen. In allen Fällen jedoch wird die Blutung ermäßigt und nicht selten für längere Zeit gestillt, wenn der Verletzte eine bestimmte Körperhaltung einnimmt. Es ist dies eine Körperhaltung, bei welcher die verletzten Blutgefäße keine Längsspannung erfahren, und diese Körperhaltung ist in der Regel gegeben bei einer starken Beugung aller Gelenke eines verletzten Gliedes.

Dieses einfache Blutstillungsmittel wird in der Regel zu einer dauernden Blutstillung nicht genügen. Es ist jedoch augenblicklich anwendbar und wird manchen Verletzten vor dem Tode retten. Nach unseren Erfahrungen als Feldarzt wird es von vielen Verletzten instinktiv angewendet, denn nur auf diesem Wege erklärt sich der Verlauf mancher Schußverletzungen großer Blutgefäße, die ich zu beobachten Gelegenheit hatte.

An die ärztlichen Kollegen an der Front ergeht daher von mir die Bitte, dieses einfache Blutstillungsmittel den kämpfenden Truppenteilen zur Kenntnis zu bringen. Es wird allerdings keineswegs in allen Fällen Hilfe bringen, und es werden sogar Fälle vorkommen, in welchen die Verletzten durch einfache Stellungsänderung des verletzten Gliedes eine noch zweckmäßigere Lagerung finden. An die Tagespresse aber richte ich das Ersuchen, durch wörtlichen Abdruck dieser Zeilen an auffälliger Stelle zu ihrer weiteren Verbreitung bei der Mannschaft der Truppenteile mitzuwirken. Die ersten Minuten nach der Verletzung einer großen Ader sind häufig entscheidend über Leben und Tod.

Vorsicht beim Empfang von Wertbriefen aus dem Auslande. Um sich vor Schaden zu schützen, muß man einen aus dem Auslande empfangenen Wertbrief möglichst sofort nach der Quittungsleistung öffnen. Tut man dies nicht, so setzt man sich der Gefahr aus, daß die Post im Falle der Beraubung des Inhaltes die Ersatzpflicht ablehnt. Dem schweizerischen Bundesgericht in Bern lag folgender Fall zur Entscheidung vor: Einen in Barcelona von Zürich eingegangenen Wertbrief hatte der Empfänger durch einen Boten von der Postausgabestelle abholen und dann fünfzehn Stunden bis zur Prüfung des Inhalts liegen lassen. Er fand nur Papierschnitzel vor und beanspruchte Schadenersatz. Das Gericht wies den Anspruch ab. Nach der internationalen Postwertbriefübereinkunft sei die Post der Ersatzpflicht mit der Uebernahme („prendre livraison") des Briefes ledig. Wenn das auch nicht heißen solle, daß eine etwaige Beraubung unbedingt gleich im Anschluß an die Quittungsleistung zur Sprache gebracht werden müsse, so könne doch nicht ein Recht des Empfängers anerkannt werden, mit der Oeffnung des Briefes 15 Stunden lang zu warten; sonst wäre ein Schutz der Post vor unberechtigten Ansprüchen ausgeschlossen. Welche Frist eingehalten werden müsse, lasse sich nicht allgemein festlegen; das richte sich nach Lage des Falles. Zu empfehlen sei die Oeffnung des Briefes in Gegenwart des übergebenden Postbeamten. Aehnlich habe das deutsche Reichsgericht in einem früheren Falle entschieden.

Ausstellung „Mutter und Säugling". In der Zeit vom 4. bis 26. August d. J. findet in der Katharinenkirche eine Wanderausstellung statt, die die für unsere Volkserhaltung und -vermehrung gerade im Kriege besonders wichtige Frage „Mutter und Säugling" behandelt. Die Ausstellung wird von der Dresdner Volksborngesellschaft E. V. veranstaltet und ist ein erweiterter Teil aus der berühmten Ausstellung „Der Mensch" in der Dresdener Hygiene-Ausstellung, erweitert auch durch eine Lübeckische Abteilung. Während der Ausstellungszeit werden zweimal wöchentlich im großen Saale des Hauses Königstraße 5 (Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit) unentgeltliche Vorträge von hiesigen Aerzten gehalten, die die Mutterschaft, Geburten, natürliche und künstliche Ernährung, Kinderkrankheiten usw. in gemeinverständlicher und belehrender Weise behandeln. Für Mütter und solche, die es werden wollen, wird die Ausstellung und die Vortragsreihe sicherlich viele wichtige Fingerzeige geben. Wir können daher nur empfehlen, beides fleißig zu besuchen. Unsere Zukunft liegt in unseren gesunden Kindern.

Stadthallen-Sommertheater. Am Freitag, dem 27. Juli wird Herr Arno Hoß vom Schweriner Hoftheater neben Frl. Eva Cron in der Rolle des „Jason" im „Jettchen Gebert" gastieren. Der Künstler ist von seinem mehrjährigen Engagement am Lübecker Stadttheater her noch bestens bekannt und gehörte seinerzeit hier zu den beliebtesten Darstellern. Die Besetzung der übrigen Rollen ist dieselbe wie beim erstenmal.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Auf vielfachen Wunsch wird am Donnerstag abend „Die Ehe des Herrn Terbrügge" nochmals wiederholt werden. Am Freitag geht, neu einstudiert, „Die Waise aus Lowood" in Szene.

pb. **Die Spargelder einer Witwe gestohlen.** Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Niendorf, die einer an der Wakenitzmauer wohnhaften Witwe Sparkassenbücher und bares Geld in Höhe von zusammen 900 Mark gestohlen hatte. Das Geld hatte die Diebin für Neuanschaffungen usw. bis auf einen ganz geringfügigen Rest ausgegeben.

pb. **Verhaftet** wurde ferner ein Heizer eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung.

Schwartau-Rensefeld. Einen Ausflug unternehmen am Sonntag, dem 29. Juli, die sozialdemokratischen Frauen mit den Kindern über Groß-Parin durch den Riesebusch. Auf dem Tierschauplatz werden Gesellschaftsspiele veranstaltet. Abmarsch mittags 1 Uhr vom Gasthaus „Lindenhof" in Rensefeld. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Hamburg. Handel und Uebergangswirtschaft. In einer am Mittwoch in Hamburg abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung „Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg", in der zu allen den Hamburger Handel stark berührenden Fragen der Uebergangswirtschaft Stellung genommen wurde, stimmten die versammelten Handelskreise folgender Entschließung zu: „Die von der Handelskammer auf Anregung des Verbandes des Hamburger Einfuhrhandels und der Bezirksgruppe Hamburg des Zentralverbandes des deutschen Großhandels einberufene Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns erhebt mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen jede Zurücksetzung des Handels bei der Organisation der Uebergangswirtschaft. Wenn vom Reichskanzler Valuta und Schiffsraum zur Verfügung gestellt werden, so muß deren Ueberweisung an den Handel entsprechend seiner früheren Beteiligung bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten gefordert werden. Sollte einzelnen industriellen Verbänden Valuta und Schiffsraum direkt zugeteilt werden können, so ist diesen Verbänden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich des Handels bei der Einfuhr in demselben Maße wie früher zu bedienen. Es ist ferner zu fordern, daß der Einkauf aller anderen Waren, insbesondere der Konsumartikel, dem Handel überlassen bleibt, der diese unter Wahrung der Interessen der Verbraucher nach den Vorschriften des Reichskommissars zu beschaffen hat. Nur der Handel kann auf Grund seiner Erfahrungen und seiner Beziehungen die alten Verbindungen wieder herstellen und neue auffinden. Würde er auch nur zum Teil ausgeschaltet werden, so kann eine wesentliche Schädigung der ganzen deutschen Wirtschaftsführung nicht ausbleiben. Die Versammlung spricht daher die zuversichtliche Erwartung aus, daß die Maßnahmen des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft nicht zu einer Verschlechterung der Stellung des Handels gegenüber dem Zustande vor dem Kriege führen werden.

Rostock. Verbesserung der Route Gjedser-Warnemünde. Im dänischen Reichstag wird ein Beschluß mit einer durchgreifenden Verbesserung der Route Gjedser-Warnemünde vorgebracht werden. Wahrscheinlich wird die Fähre zwischen Masnedsee und Orehoved durch eine Hochbahn aus Eisenbeton ersetzt werden, die so hoch liegen soll, daß selbst die größten Schiffe unter ihr passieren können.

Uelzen. So ist es recht! Der Landwirt Steinfeld in Westerweyhe bei Uelzen war vom Schöffengericht in Uelzen wegen Verheimlichung von etwa 70 Zentnern Getreide zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt worden. Auf Berufung des Staatsanwalts änderte, nach dem „Hann. Cour.", die Strafkammer das schöffengerichtliche Urteil in eine Geldstrafe von 1000 Mark um. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß derartige Verheimlichungen auch mit einer empfindlichen Geldstrafe belegt werden müssen.

Bürgertafel.

Als lübeckische Staatsbürger sind angenommen und vereidigt:

Buchhalter Ackermann. Bote Appelbaum. Schlachtergeselle Augustin. Zollaufseher Benfeldt. Zimmerpolier Braesen. Schriftsetzer Chudzinski. Handlungsgehilfe Cords. Zimmergeselle Dahmke in Behlendorf. Schmiedegeselle Fischer. Tischlergeselle Hack. Arbeiter Hiller. Arbeiter Höppner. Drucker Hundt. Maschinenschlosser Ihnst. Zimmergeselle Kadow. Kutscher Kähler. Malergeselle Kämpfer. Kutscher Kardel. Handlungsgehilfe Knetsch. Tischlergeselle Koch. Bureaugehilfe Koch. Telegraphenarbeiter Körnig. Buchhalter Krämer. Maurergeselle Kröger. Bureaugehilfe Lange. Tischlergeselle Langmaak. Postsekretär Meyer. Kaufmann Nebermann. Bureaugehilfe Randow. Postschaffner Rullmann. Maurergeselle Scheel. Malermeister Schomacker. Bäckermeister Schröder. Oberingenieur Schröder. Tischlergeselle Sip. Arbeiter Sprank. Lagermeister Steenhagen. Geschäftsführer Tamm. Arbeiter Wagner. Arbeiter Wehrend. Arbeiter Westphal. Arbeiter Wieck. Schlossergeselle Wieck. Zimmergeselle Wulf.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. Juli. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean und in der Nordsee sind durch unsere U-Boote wiederum 6 Dampfer und 4 Segler versenkt worden, darunter ein großer bewaffneter Dampfer, wahrscheinlich mit Getreideladung, drei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Die Ladungen der übrigen Schiffe bestanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Kohlen, Lebensmitteln, Stückgut, Pferden, Holz und Salz.

Seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind bereits über 5 Millionen Brutto-Registertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Dienstag, dem 24. Juli, starb infolge eines Unglücksfalles unser Mitglied, der Kollege

August Frank.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. Juli, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben nachmittags 1¾ Uhr beim Weißen Hirsch.

1953 **Die Ortsverwaltung.**

Im weiteren fielen dem grausamen Weltkriege zum Opfer unsere Mitglieder, die Kollegen

Karl Dietz und
Tomas Koplin
aus Schlutup,
Wilh. Dose
aus Selmsdorf.

Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Ortsverwaltung.

Verl. 1 Lebensmittelbuch
Abzugeben gegen Belohnung
1946) Friedenstraße 62.

Deutsch-russischer Soldatensprachführer.
— Preis 20 Pfg. —
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Danksagung.
Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer diamantenen Hochzeit danken recht freundlichst. 1952
H. Augustin und Frau.
Glandorpstraße Nr. 8, I.

Ein guterhaltener Vertiko aus besserem Hause zu kaufen gesucht. Ang. u. P W an die Exp. d. Bl. (1945

Bilderleisten einrahmungen 1940
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Säcke versch. Art, a. beschädigt, gr. u. kl. Posten, kauft zu höchsten Preisen (1944
B. Tesmer, Dankwartsgr. 15.

Von der
Lehrmeister-Bibliothek
empfehlen wir besonders folgende Bändchen:

Das Einmachen der Gemüse Nr. 343—44.	50 ₰
Das Einmachen der Früchte Nr. 3.	25 ₰
Ernte u. Aufbewahrung des Obstes Nr. 55—56.	50 ₰
Die Fruchtsaftbereitung Nr. 345.	25 ₰
Verwertung d. Honigs im Haushalt Nr. 77.	25 ₰
Pilzküche Nr. 300.	25 ₰
Billige Fleischersatzküche Nr. 320.	25 ₰
Kaninchenfleischküche Nr. 334—35.	50 ₰
Billige Fischküche Nr. 350—51.	50 ₰
Ein Monat Arbeiterküche Nr. 45.	25 ₰
Vegetarisches Kochbuch Nr. 187.	25 ₰
Kochkiste und Kochbeutel Nr. 346.	25 ₰

Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

In Freien Stunden

Am 1. Juli bietet sich die Gelegenheit, Abonnent der „Freien Stunden" zu werden, da ein neuer Roman beginnt. Auch während der schweren Kriegszeit ist diese Zeitschrift ein guter Kamerad geblieben, namentlich den vielen Frauen, die von den schweren Sorgen der Gegenwart eine Spanne Vergessenheit und Erholung suchen. „Aus eigener Kraft" heißt der Roman, der zum Abdruck kommt, und als zweite Erzählung „Die Prärie am Jacinto", eine Schilderung aus dem wilden Westen Amerikas. Daneben sorgen volkstümliche, illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, Rätsel, Winke für Haus und Küche für die notwendige Abwechslung des Lesestoffes und für die praktischen Bedürfnisse der Hausfrau.

Wöchentlich erscheint ein Heft für 15 Pfennig

Zu beziehen durch:
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46 und den Austrägerinnen.

Ich bestelle hierdurch „In Freien Stunden", wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Name: ____________________

Ort: ____________________

Straße: ____________________

(Der Bestellzettel ist ausgefüllt dem Zeitungsboten mitzugeben.)

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (1948
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Ausflug
der Sozialdemokr. Frauen Schwartau-Rensefelds
mit den Kindern
über Groß-Parin nach dem Riesebusch
am Sonntag, dem 29. Juli
Abmarsch 1 Uhr (1951
vom Gasthof Lindenhof.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr: (1950
Auf allgemeinen Wunsch:
Die Ehe des Herrn Terbrügge.

Stadthallen-Sommertheater 1947
Donnerstag, 26. Juli 1917:
Die Puppe.
Freitag, den 27. Juli 1917:
Doppel-Gastspiel v. **Eva Cron** v. Deutschen Theater, Hannover und **Arno Hoß** vom Hoftheater Schwerin:
Jettchen Gebert.
Anfang der Vorstellungen 3 Uhr.
Sonnabend, den 28. Juli 1917:
Anfang 8¼ Uhr:
Die Landstreicher.

Nr. 173
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 26. Juli 1917

Die zehn Gebote der französischen Soldaten.

Große Erregung hat es in der französischen Kammer hervorgerufen, als der Abgeordnete Brizon auf der Tribüne die zehn Gebote der Soldaten vorlas, die von geheimen friedensfreundlichen Verbänden an der französischen Front verbreitet werden. Die Zensur verbot die Wiedergabe, so daß nur dunkle Gerüchte über diese zehn Gebote in die Presse gelangten. Der Absatz in Brizons Rede, in der er die zehn Gebote vorlas, hatte folgenden Wortlaut:

„Ich spreche nicht im Namen aller Soldaten, aber wohl im Namen einer großen Menge, und ich komme nur, um die Kammer von ihren Forderungen in Kenntnis zu setzen.

1. Abstellung der Mißhandlungen und des Mißbrauchs der Strafen; die Offiziere sollen dasselbe Leben wie die Soldaten.
2. Abschaffung der Prügel und der Beschimpfungen.
3. Abschaffung der Ueberanstrengung durch schikanöses Exerzieren in den Etappen.
4. Bessere Nahrung.
5. Auszahlung der Extrazulagen, welche den Soldaten zukommen.
6. Urlaubserteilungen, und zwar regelmäßig alle drei Monate, da nunmehr auch die Engländer und Amerikaner in den europäischen Totentanz eintreten.
7. Einen Sonderurlaub für alle an der Front, die noch niemals in die Etappe gekommen sind.
8. Heimsendung der alten Jahrgänge, denn wenn man nicht im Herbst in Frankreich und sonst in Europa die Saaten bestellt, dann kommt nächstes Jahr und 1919 die Hungersnot.
9. Ich appelliere an die Aufmerksamkeit der Regierung und Kammer: Keine Todesstrafe mehr an der Front für dumme Streiche. Meine Herren, während ich hier spreche, richtet man Soldaten an der Front hin. Französische Kugeln morden französische Soldaten. (Redner wird zur Ordnung gerufen.) Haben Sie die Generale hinrichten lassen, die bei der April-Offensive unsere Soldaten unnütz massakrieren ließen? Richten Sie nicht die Generale hin — ich will nicht ihr Blut — aber richten Sie auch nicht die Soldaten hin im Namen der Disziplin. Das ist das 9. Gebot.
10. Und das zehnte Gebot lautet: **Vor dem Winter das Ende der Hekatombe, das Ende des Krieges!**

Meine Herren, die Soldaten an der Front wollen den Frieden, und zwar sofort und ohne Annexionen."

Die Friedenssehnsucht, die in diesen Geboten zum Ausdruck kommt, läßt sich nicht mehr unterdrücken, trotz des strengen Verbots aller Friedensäußerungen und der eisernen Disziplin, die man durchzuführen sucht, breitet sich die pazifistische Bewegung im französischen Heere immer mehr aus.

Die Annexionisten.

Die Friedensresolution des Reichstages gab das Signal für die Annexionisten ab, nun erst recht ihrem phantastischen Eroberungswillen die Zügel schießen zu lassen. Sie gebrauchen dabei den Trick, die Rede des Reichskanzlers Michaelis so auszulegen, wie das für ihre Zwecke in den Kram paßt. An der Spitze steht ganz selbstverständlich der Graf Reventlow, der in der „Deutschen Tageszeitung" die Welt mindestens zweimal am Tage verteilt. So setzt er auch jetzt wieder auseinander, daß die Möglichkeit einer Verständigung mit Großbritannien nur in der Grundlage des gegenseitigen Machtverhältnisses möglich erscheint. Entweder müsse sich Großbritannien zwingend veranlaßt sehen, den deutschen Notwendigkeiten entsprechend der Forderung hinsichtlich der Grenzsicherungen im Westen Folge zu geben, oder das Deutsche Reich unterwerfe sich, verzichte auf Grenzschutz und füge sich in die Forderung, zu einer Macht dritten Ranges hinunter zu sinken. Die Garantie für gesicherte Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und Uebersee kann nur durch den entsprechenden Stand der Machtfrage erfüllt werden. Graf Reventlow führt dann aus:

„Auch dann können aber keine papiernen „Garantien" genügen, sondern nur sofortige „Naturallieferung" auf dem europäischen Festlande, auf der See und über der See. Andere Garantien gibt es nicht, und unter ihnen steht wiederum Belgien in erster Linie. Ohne die Oberherrschaft des Deutschen Reiches über das ehemalige Königreich ist eine Garantie „der Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und Uebersee" nicht zu erhalten, einfach, weil es keine andere gibt. Der Weg der Verständigung und des Ausgleiches würde mithin darin bestehen, daß unsere Gegner es als vorteilhafter ansehen würden, uns diese wirklichen Zugeständnisse zu machen, als eine weitere Fortsetzung des Krieges über sich ergehen zu lassen."

Der Graf ist entgegenkommend genug, daß er sagt, in diesem Sinne würde er gegen eine — Verständigung nichts einzuwenden haben.

Ganz in ähnlichem Sinne äußert sich in den schwerliberalen „Berliner Neuesten Nachrichten" der Vizeadmiral z. D. Kirchhoff. Seine Spezialität ist es, mehr für die Machterweiterung im Osten einzutreten. Der russische Handelsverkehr in der Ostsee muß seiner Auffassung nach dauernd unter deutscher Beeinflussung liegen, England sei hier grundsätzlich auszuschalten. Nie könne ein Versöhnungsfrieden uns die erforderliche Gewähr für die Zukunft bringen, sondern nur ein starker deutscher Frieden, also Macht- und Gebietserweiterung. Nur durch die Fortnahme von Aaland, Dagö, Calais, Lemnos aus englischer Hand könne England in die Lage gedrängt werden, nicht mehr wie bisher der Hauptfriedensstörer Europas zu sein. Die gottverdammte, jetzt lächerlich gewordene deutsche Michelei müsse endlich einmal ein Ende nehmen.

Auch in der „Voss. Ztg." spukt der annexionistische Geist und zwar ist es dort der Hauptmann von Salzmann, der sein Teil zur Weltverteilung beitragen will. Er findet, daß jede Friedensbeteuerung zurzeit im Auslande als ein Beweis von Schwäche aufgefaßt werden müsse.

Die Tendenz dieser „Weltenbeherer" geht dahin, die Friedenskundgebungen des Deutschen Reichstages in ihrer Bedeutung möglichst herabzudrücken. Gleichzeitig liefern sie den Kriegshetzern drüben die erhoffte Gelegenheit, auch ihrerseits in ähnlicher Weise sich betätigen zu können. Damit unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß dieses ganze Treiben unter allen Umständen kriegsverlängernd wirken muß.

Ein Wort von den „stärksten Nerven".

Der „Deutschen Volkszeitung" in Hannover geht ein Eingesandt zu, das an unseren Ernährungszuständen eine Kritik übt, wie sie sonst in der bürgerlichen Presse leider nicht zu finden ist, und das der Stimmung in jenen Volksteilen, denen das Eingesandt entstammt, bemerkenswerten Ausdruck gibt. Die Zuschrift lautet: Freiherr von Zedlitz schreibt in der „Post": „Die jüngsten Vorgänge im Hauptausschuß des Reichstages legen die Befürchtung nahe, daß man auch in manchen Teilen des Reichstages die Nerven zu verlieren beginnt," und wie dort in der Volkszeitung könnte man sie auch in unserm Volkskörper leicht verlieren, wenn gewisse unhaltbare Zustände nicht bald aufhören, oder wenigstens bedeutend gemildert werden, insbesondere die so überaus wichtigen Ernährungsfragen. Wir stehen im Anfang des Sommers, wo sonst von einer Knappheit wie jetzt niemals die Rede war. Man schaue dagegen heute in die Gemüsehandlungen oder werfe einen Blick in unsere Markthalle, und man kann sich dann überzeugen, daß es dort überall geradezu trostlos aussieht. Wo bleibt das Gemüse, wo ist das Obst? Es ist doch gewachsen, wenn auch wirklich in manchen Teilen des Reiches nur mittelmäßig, und müßte doch — wenn auch in bescheidenen Mengen — vorhanden sein und zum öffentlichen Verkauf kommen. Und das wenige Gemüse, Obst, das zum Verkauf steht, wird zu einem Preise angeboten, der als schwindelhaft hoch bezeichnet werden muß. Ich kann mir das Aufzählen der Preise wohl schenken, denn sie sind ja hinlänglich bekannt und dürften sich wohl dem Gedächtnis der Käufer auf lange Zeit eingeprägt haben. Ich frage nur: „Wovon soll die ärmere Bevölkerung noch leben und satt werden, wovon soll der Mittelstand (an dessen Grundfesten nachgerade genug gerüttelt worden ist) noch sein Dasein fristen, wenn Ausgaben nötig sind, die von Tag zu Tag rapide steigen, wenn man überhaupt noch etwas auf den Tisch bringen will. Gehören hierzu nicht auch Nerven, durchzuhalten und dem Körper die Nahrung zuzuführen, die er unbedingt haben muß, um überhaupt noch standzuhalten in dieser schweren Zeit?" Jetzt, wo viele Menschen im Körpergewicht erheblich abgenommen haben, ist es doch in Ermangelung von Fleisch, Eiern und Fett gerade das Gemüse, das durch seine teilweise hohen Nährwerte den Körper wieder kräftigen kann und darum jetzt bei keiner Mahlzeit fehlen sollte. Heute ist es doch unsere Hauptsorge mit, nicht krank und bettlägerig zu werden, denn bei letzterem Zustande ist es jetzt sehr schwer, sich zu erholen und zu kräftigen; kein Arzt kann einem dagegen etwas verschreiben. Die Teurungszulagen, die vielenorts gewährt wurden, sind nur ein Tropfen auf den Stein, und kaum ausreichend für die täglichen Bedürfnisse, ganz abgesehen von Beschaffung von Kohlen, Kleidung, Wintervorräten usw. Wovon sollen sie leben, wenn die Lebensmittel kaum noch zu bezahlen sind, wenn die Einnahmen die alten bleiben und die Ausgaben sich ins Unermeßliche steigern? Gehören da etwa bei dem durch Unterernährung bereits geschwächten Körper keine Nerven von Stahl dazu, um nicht den Kopf zu verlieren? . . . Und wo bleibt da der Staat, wo bleiben die Verwaltungszweige, denen die Nahrungsmittel und deren Preisfestsetzung und Verteilung unterstehen? Höchstpreise werden wohl festgesetzt, aber jeder ist gezwungen, sich außerhalb der Höchstpreise selbst zu helfen. Ich meine, aus drei langen Kriegsjahren müßte viel zu lernen sein; es müßte besser werden statt schlechter. Wie ist es aber geworden? Trostlos! Sind wir so auf dem rechten Wege, um — bis zum Kriegsende — die Nerven gesund zu erhalten? Ganz ausgeschlossen! Mutete es nicht gerade wie ein Scherz an, wenn man dieser Tage las, daß Höchstpreise auf „Gänse" festgesetzt seien, jetzt, wo es so viel Wichtigeres im Augenblick zu regeln und festzusetzen gibt, was wir tagtäglich dringend für des Leibes Nahrung nötig haben? „Gänse", zählen sie jetzt auch mit zur allgemeinen Volksnahrung? Muß es denn nicht Groll und Bitterkeit bei allen auslösen, wenn man sieht, wie „von oben" nichts geschieht, um abzustellen und zu verhindern, daß **die Verdienste mancher Nahrungsmittelzweige einfach märchenhaft hoch sind und das Volk dabei körperlich herunterkommt,** den Mut zum Durchhalten verlieren muß? Leider sind es die **eigenen deutschen Brüder selbst, die durch enorme Verdienste die anderen schädigen** an Körper und Seele. Guter Verdienst soll und muß sein; denn auch Unkosten und Einkaufspreise sind gestiegen, aber solche Wucherpreise sollten nicht entstehen. Solche Bereicherungen auf Kosten der eigenen bedrängten Mitmenschen schreien zum Himmel und sind gefährlich! Der deutsche Bauer sollte die Vermittler und Zwischenhändler dieser gemeinen Sorte vom Hofe jagen; sie stehen wie Feinde zum Deutschen Reiche; ihr Treiben ist beschämend und erniedrigend für die gesamte deutsche Nation. Die Nerven sollen wir uns stärken, sagt Hindenburg; also hören wir auch auf ihn! Das heutige Treiben aber führt uns bergab. . . ."

Man braucht dem nichts hinzuzufügen. Angesichts der planmäßigen Ausbeutung des Volkes durch wahnsinnig hohe Preise im Vorjahre fiel im Reichstage das Versprechen vom Abbau der Preise, weil man den Unmut im Volke und dessen Wirkungen sah und begriff, daß es nicht so weitergehen könne. Was ist heute aber der Fall? **Geradezu wie zum Hohn fordern Erzeuger und Händler in diesem Jahre Preise, die zwei- und dreimal höher sind,** als die ohnehin schon ungeheuerlichen Preise im Vorjahre. Und die berufenen Behörden billigen oder dulden die Preise. Es ist jetzt soweit

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

8. Fortsetzung.

Das läßt sich wohl denken, sagte Herr von Springfeld, wir müssen es ja alle gern sehen. Es wäre eine Fügung des Himmels und ein beneidenswertes Glück. Warum aber wollen Sie es nicht glauben?

Warum? fragte Fräulein Babette, indem sich ihre Stirn verfinsterte und ihre Stimme sich erhob: Weil er es nicht wert ist!

Wer? Graf Rudolf? Meinen Sie, weil er in ländlicher Stille mitten in dieser natürlichen Einfachheit aufgewachsen ist? Darüber beruhigen Sie sich, liebes Fräulein Babette. Eben diese unschuldige Natürlichkeit ist so anziehend und —

Der Legationsrat hielt inne, denn Babette drehte sich hastig um, und wie er ihrer Bewegung folgte, sah er nicht weit davon, wo ein Pfad, der aus dem Gebüsch kam, in die Rotunde mündete, eine Bäuerin stehen, vom Hause her aber kam zugleich ein Mann geschritten, der seinen Rock über dem Arm und seinen Hut in der Hand trug. In der Bäuerin erkannte der Legationsrat das stattliche Mädchen, das er in dem Wirtschaftszimmer der Haushälterin gefunden, in dem Mann den Major Murhard.

Was hast du hier zu suchen? fuhr Babette das Mädchen an.

Ich habe Euch zu suchen, erwiderte Vreneli unerschrocken.

Was willst du? fragte sie in demselben rauhen Tone weiter.

Ich will fragen, ob die Jungfer etwas braucht, was ich bringen könnte.

Geh in die Küche, hier ist dein Ort nicht. Frag an und laß dich fürder nicht da blicken, wohin du nicht gehörst! war die harte Antwort, mit welcher Fräulein Babette die Hand befehlend ausstreckte.

Und ich rat dir, du bernerisch Maidschi! rief der Major, der eben herankam, geh nicht in die Küche, sondern lauf heim, was du laufen kannst, denn ehe eine Viertelstunde um ist, wird's einen Tanz geben, der dir nicht gefallen möchte.

Wer soll ihn denn tanzen? fragte der Baron.

O, schrie der Milizmajor und Holzhändler, da ist ja der Herr von Springfeld, aber wo sind die anderen Herrschaften? Das ist so recht gemacht für die romantischen Leute.

Schaun's dort hinaus über den See hin, wie sieht es dort aus? fuhr er fort. Ist es nicht eine so brillante Beleuchtung, wie sie kein König oder Kaiser befehlen kann?

Und das war allerdings nicht abzuleugnen. Der ganze Himmel strahlte wie von einem ungeheuren Brande. Jenseits des Sees hingen an den Bergen Wolken oder Nebel, die wie Feuer flammten und über den See sich niederwälzten, um ihn in Gold und Blut zu verwandeln. Durch diese leuchtenden Nebel ließ sich kaum mehr als das Seeufer erkennen; alle Ferne und Nähe schwamm in dem seltsamen Lichte von Schleiern eingesponnen, die mit jedem Augenblick dunkler und verräterischer wurden. Es schien in diesem zuckenden, durchglühten Dunstkreise eine Kraft zu arbeiten, die tausend Gelenke regte, und eine bange Ahnung überkam den Legationsrat, als er in dies Gewirr von Licht und Nacht blickte. Was wird das werden? fragte er erschrocken.

Das allerschönste Feuerwerk wird's werden. Schreibt's gleich in Euer Tagebuch, Herr, versetzte der Major. Ein heidenmäßig Wetter wird's werden, ein Föhnsturm, bei dem die Leut' in ihren Hütten auf den Knien liegen und um Hilfe und Rettung schreien.

Was wird aus der Gräfin? rief der Legationsrat entsetzt.

Wo ist sie denn?

Dort! — Herr von Springfeld wies in das Lichtmeer.

Auf dem See? Mit wem? schrie der Major. Mit dem Rudolfle? Sie muß ihm den Kopf schon ganz verdreht haben, sonst hätt' er's nimmer getan. Von früh morgens an war's zu merken, daß ein Föhnsturm und Wetter im Anzuge sei.

Babette hatte bisher nichts gesagt, sie war bis an den Abhang vorgegangen und schaute auf den See hinaus, ob sie etwas entdecken könnte, aber aus den Nebeln glänzte nur an einzelnen Stellen die Flut hinauf; alles war ungewiß und verworren.

Er wird nicht hinausgefahren sein, sagte sie, sondern wartet in Horgem oder an einem anderen Platze.

Da ist er, rief eine helle Stimme, und Fräulein Babette sah sich ingrimmig um, denn kein anderer konnte das sein, als das Vreneli. Schmälen aber konnte sie jetzt nicht, dazu blieb keine Zeit.

Wo? Madli, wo? fragte der Major.

Wie ein Felsenspalt lief eine lichte Gasse, die von beiden Seiten durch dunkle Wände eingefaßt war, weit über den See fort, und am äußersten Ende derselben schwebte ein schwarzer Punkt, der vielleicht ein kleines Fahrzeug sein konnte.

Wer weiß, was da schwimmt, es ist unmöglich zu sagen, bemerkte der Legationsrat, der auch mit seinem Glase nichts sehen konnte.

Er ist es! ich seh's genau! schrie Vreneli noch einmal auf.

Dann helf ihm der gnädige Gott im Himmel, sagte der Major in sichtlicher Angst.

Haben wir keine Leute, die ihm Hilfe bringen, ihm entgegenfahren können? fragte der Legationsrat.

Damit ist es nichts. Das wagt niemand und kann auch nichts fruchten.

Aber warum kehrt er nicht um? Wir müssen ihm Zeichen geben.

Was Zeichen geben und umkehren! schrie der Major ärgerlich lachend. Das würde ihn gerade ins Unglück hineinführen. Jetzt ist er mitten auf dem See und seine Sache versteht er. Kommt das Wetter hinter ihm, treibt's ihn von selbst herüber, wenn nicht der Kahn umschlägt oder an einen von den Steinen geschleudert wird, die überall im Wasser liegen. Es ist bei Gott ein Boot, und ich glaub's beinahe, daß das Wettermaidschi mit seinen Hexenaugen richtig gesehen hat. Er kommt so schnell er kann und fährt auf die Rinne los, wo der Bach sich herumwindet. Kann er da hineinkommen, so ist er geborgen. Aber es wird schwer halten, denn wo soll er den Weg finden, wenn alles um ihn Nebel, Schaum und Gischt ist? Und da geht's schon los! Es kommt mit Macht. Nur noch eine Handvoll Minuten, so kann's ihm helfen.

Wir müssen hinab! rief der Legationsrat, und gegen das Haus hin schrie er nach den Bedienten, die Mäntel, Decken und Regenschirme bringen sollten.

In dem Augenblick ging ein hohles Rauschen durch die Bäume, bei dem das feurige Licht zur fahlen Schwärze zusammenschrumpfte; dann kehrte die unheimliche Stille nochmals zurück, aber nur auf eine Minute, denn gleich darauf begann ein Tosen in der Luft, ein Klatschen und Pfeifen, und durch das heiße Windfächeln fuhr ein wütender Windstoß, der Blätter und Aeste aufwirbelte und die Steine vom Giebel des Hauses brach und niederwarf.

Herein, herein! und laßt die ersten Stöße vorbei, laßt die ersten Regengüsse fallen! schrie der Major.

Aber wenn das Boot inzwischen verunglückt!

Dann können wir beide es doch nicht halten, erwiderte der praktische Mann. Zu Boden gerissen werden wir und naß bis auf den letzten Knochen, ehe wir aus dem Garten kommen.

Der Major faßte Fräulein Babette unter den einen Arm, den Legationsrat unter den anderen und steuerte mit beiden dem Hause zu. Sein Rat war auf jeden Fall gut, denn kaum war die Tür erreicht, so brach der Föhnsturm mit größter Gewalt los. In wenigen Augenblicken war die letzte Spur des roten Lichtes erloschen. Der Himmel, bedeckt mit ineinander geballten bleifarbigen Wolken, die mit rasender Gewalt fortgerissen wurden, bot einen schrecklichen Anblick dar, Windstöße, welche sich blitzschnell folgten und an Gewalt überboten, umheulten das Haus, brachen die Kronen der Fruchtbäume und zerschmetterte sie. Finsternis und Schrecken vereinigten sich, um alle Herzen mit Furcht zu erfüllen, und plötzlich entstand ein entsetzliches Krachen, der Boden bebte, Staub und zermalmte Pflanzen flogen umher, denn zwei der stärksten und größten unter diesen alten Linden lagen mit ungeheuren zerbrochenen Gliedern auf dem Boden, Tod und Verderben verbreitend.

(Fortsetzung folgt.)

gekommen, daß ein einigermaßen auskömmliches Essen mit Gemüse, Kartoffeln usw. für eine vierköpfige Familie rund 5 Mk. kostet. Für uns ist die ganze Geschichte nur noch ein interessantes Problem nach der Richtung hin, zu welchen Preisattentaten sich Erzeuger und Händler unter Zustimmung und teilweiser Beihilfe der Behörden im nächsten und übernächsten Kriegssommer versteigen werden, wenn wir es noch so lange aushalten.

Zum 50jährigen Jubiläum des Marxschen „Kapital".

Der 25. Juli 1867 ist ein Gedenktag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie sowie in der der Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre. An jenem Tage vollendete Karl Marx den ersten Band des „Kapitals" im Londoner Exil. Die ersten drei Bände des im Jahre 1913 erschienenen Briefwechsels von Marx und Engels enthalten bruchstückartig die Geschichte der Arbeiten von Marx zu seinem Hauptwerke, und seine Untersuchungen über Wert- und Mehrwerttheorie, die von Kautsky in vier Bänden herausgegeben wurden, zeigen den außerordentlich weiten Umfang seiner Studien zu seinen theoretischen Arbeiten über das Wesen und die Entwicklung des Kapitals.

Der Philosoph des Kapitals war ein Mann der Armut; er opferte sich seinem geistigen Zwecke. Und es waren einzig und allein die unermüdliche Hilfe von Friedrich Engels sowie die etwa 18 000 Mark betragende Hinterlassenschaft des alten schlesischen Revolutionärs Wilhelm Wolf, die es Marx ermöglichten, sein Leben den Studien hinzugeben. Wolfs Hilfe erkannte Marx in der prächtigen Widmung des ersten Bandes „Kapital" an. Engels Hilfe ist anerkannt in einem Briefe, den Marx an Engels richtete, nachdem der letzte Korrekturbogen des ersten Bandes gelesen war:

„Also dieser Band ist fertig. Blos Dir verdanke ich es, daß dies möglich war! Ohne Deine Aufopferung für mich konnte ich unmöglich die ungeheure Arbeit zu den drei Bänden machen. Ich umarme Dich dankerfüllt!"

Das „Kapital" ist eine Kritik der bürgerlichen Nationalökonomie vom Standpunkte des Proletariats, ebenso wie Adam Smiths „Reichtum der Nationen" (1776) eine bürgerliche Kritik des staatlich und polizeilich geregelten merkantilistischen Wirtschaftssystems darstellt. Smiths Werk war der Verkünder des Sieges der bürgerlich-kapitalistischen Klasse, Marx' Werk ist die Ankündigung des siegreichen Aufschwungs der Arbeiterklasse, der Verwandlung der privatwirtschaftlich geleiteten Produktion in die sozialistisch geleitete Gütererzeugung. Während Smith sein System als in Uebereinstimmung mit den ewigen Gesetzen des Naturwaltens und der natürlichen Gerechtigkeit betrachtete, geht Marx von dem Gedanken aus, daß auch das Wirtschaftsleben sich in einem Prozeß der Entwicklung befindet. Smith sieht in der Vergangenheit hauptsächlich Irrtümer, Marx hingegen sieht Entwicklungsstufen, die jede in ihrer Zeit notwendig war, aber nach und nach erschöpft und schädlich wurde. Die Hauptstufen der Entwicklung wurden in der Zeit der Herrschaft des Sondereigentums von besonderen gesellschaftlichen Klassen repräsentiert, die, sobald ihre wirtschaftlichen Grundlagen sich überlebten, als herrschende gesellschaftliche Faktoren vom Schauplatz der Geschichte verschwanden.

Vieles von dem, was Marx theoretisch im ersten Bande des „Kapitals" behandelte, war in der englischen ökonomischen Literatur bekannt, insbesondere seit dem Erscheinen von David Ricardos „Prinzipien der politischen Oekonomie und der Besteuerung" im Jahre 1817 — vor genau einem Jahrhundert. Ricardos Buch übte beim Entstehen des englischen Sozialismus einen starken theoretischen Einfluß aus. Es war auch Ricardos Herausarbeitung der Werttheorie, in der die ersten englischen Sozialisten die theoretische Begründung für ihre Lehre fanden. Jedoch findet man nirgends eine so logische und systematische Durcharbeitung und Zusammenfassung dieser Lehre wie bei Marx. Hinzu kommt, daß Marx im Lichte der späteren Erfahrungen der kapitalistischen Produktion, des Fortschritts der Maschinerie, der Arbeiterorganisationen, der Sozialpolitik, der Konzentration des Kapitals und umfassender wirtschaftsgeschichtlicher Forschungen seine Lehren weiter ausbaute und begründete.

Marx als Verfasser des „Kapitals" ist der Vollender der klassischen politischen Oekonomie und der auf ihr begründeten englischen sozialistischen Literatur in den Jahren von 1820 bis 1855. Das „Kapital", lange in England unbeachtet, hat in den letzten Jahren die 17. Auflage erlebt. Die Entstehung des englischen Syndikalismus im Jahre 1907 hat eine große Nachfrage nach dem ersten Band des „Kapitals" erzeugt.

Irlands Klage vor fünfzig Jahren.

Im Jahrgang 1867 des „Korrespondenten für Buchdrucker" finden wir folgende, aus der „Times" entnommene Proklamation des irischen Volkes an die Welt:

„Wir haben Jahrhunderte von Schmach, gezwungener Armut und bitterem Elend erduldet. Unser Recht und unsere Freiheiten sind von einer fremden Aristokratie niedergetreten worden, welche uns als Feinde behandelt, dann unser Land usurpiert und aus unserer unglücklichen Heimat alle materiellen Reichtümer weggeschleppt hat. Die wahren Eigentümer des Grund und Bodens wurden verjagt, um dem Vieh Platz zu machen, und über den Ozean getrieben, wo sie ihren Lebensunterhalt und die politischen Rechte sich suchen müssen, die ihnen in der Heimat verweigert werden. Inzwischen werden unsere Leute von Geist und Tatkraft zu Todes- und Freiheitsstrafen verurteilt. Aber wir bleiben stets eingedenk und verlieren niemals die Hoffnung auf Wiedererlangung unseres nationalen Daseins. Wir appellieren umsonst an die Vernunft und den Gerechtigkeitssinn der uns beherrschenden Gewalten. Unsere demütigen Vorstellungen wurden mit Spott und Hohn aufgenommen. Unsere Schilderhebungen waren stets erfolglos. Heute, da uns keine ehrenhafte Wahl mehr gelassen ist, appellieren wir von neuem an die Gewalt, als an unsere letzte Hilfe. Wir unterwerfen uns den Bedingungen dieser Berufung, denn wir halten es für mannhafter und besser, zu sterben im Kampfe für die Freiheit, als ferner in tiefer Knechtschaft zu leben. Alle Menschen sind mit gleichen Rechten geboren und sollen sich vereinigen, um gegenseitig sich zu verteidigen und die öffentlichen Lasten zu tragen; die Gerechtigkeit verlangt, daß eine solche Vereinigung auf einer Grundlage beruhe, welche Gleichheit aufrecht erhält, anstatt sie zu zerstören. Wir erklären daher, daß, da wir den Fluch der Monarchie nicht länger zu ertragen vermögen, daß wir eine Republik, auf allgemeines Wahlrecht begründet, errichten wollen, welches jedermann den wahren Wert seiner Arbeit verbürgen soll. Der Grund und Boden Irlands, gegenwärtig im Besitz einer Oligarchie, gehört uns — dem irischen Volke — und muß uns zurückgegeben werden. Wir erklären uns ingleichen für absolute Gewissensfreiheit und für vollständige Trennung von Kirche und Staat. Wir appellieren an das höchste Tribunal zum Beweise der Gerechtigkeit unserer Sache. Die Geschichte legt Zeugnis ab von der Schwere unserer Leiden, und wir erklären angesichts unserer Brüder, daß wir keinen Krieg gegen das englische Volk zu führen beabsichtigen. Unser Krieg ist gegen die aristokratischen Heuschrecken gerichtet — seien es englische oder irische, welche die Saaten auf unseren Feldern gefressen haben; gegen die aristokratischen Blutegel, welche unser Blut ebenso wie das des englischen Volkes aussaugen. Republikaner der gesamten Welt, unsere Sache ist Eure Sache und unser Feind Euer Feind; laßt Eure Herzen mit uns sein. Von Euch, Arbeiter Englands, begehren wir nicht allein Eure Herzen, sondern auch Eure Arme. Gedenkt des Elends und der Erniedrigung, welche über Euern Herd durch den Druck der Arbeit gebracht worden sind. Gedenkt der Vergangenheit, paßt scharf auf die Zukunft und rächt Euch, indem Ihr Euren Kindern Freiheit gebt zum bevorstehenden Kampfe für die Unabhängigkeit der Menschheit! Hiermit proklamieren wir die irische Republik!"

Dies Dokument mag daran erinnern, daß Irland seinen Freiheitskampf gegen England länger und mit größerer Erbitterung und größeren Opfern führt, als selbst Polen seinen Kampf für die nationale Freiheit. Wenn vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen werden soll, wenn der bevorstehende Friedensschluß die Völker aus fremder Gewaltherrschaft befreien soll, dann muß vor allen Dingen Irlands Freiheit gegen England begründet werden.

Des Ministers Kriegsgewinne.

Aus London wird berichtet: Das Unterhaus erlebte dieser Tage ein nicht gerade alltägliches Schauspiel: ein Minister, der Schatzkanzler Bonar Law, erklärte unaufgefordert, daß er persönlich vom Kriege großen Nutzen habe und entschieden zu den „Gewinnern" gehöre. Das Unterhaus beriet über den Antrag auf Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer. Sie befaßte sich in besonders liebevoller Weise mit den Schiffsreedern und ein paar Abgeordnete behaupteten, daß eine neue Steuererhöhung diese Großindustriellen sicher zugrunde richten werde.

Da erhob sich Bonar Law, um gegen diese Behauptung entschieden Einspruch zu erheben. Die Reeder, sagte er, erzielen nicht wegzuleugnende Gewinne. Ich spreche nur ungern von meinen eigenen Geschäften, zumal da wenn sie so gedeihen, daß ich mich bei den augenblicklichen Geschäftsaussichten meines Glückes geradezu schämen muß; aber mein Fall ist zu erbaulich, als daß man stillschweigend darüber hinweggehen könnte. Ich besitze Aktien von fünfzehn Schiffahrtsgesellschaften im Gesamtwert von 8110 Pfund Sterling; in Friedenszeiten wäre ich froh gewesen, wenn diese Aktien mir fünf Prozent oder 406 Pfund Sterling gebracht hätten. Sie haben mir aber im Jahre 1915 3824 und im Jahre 1916 gar 3847 Pfund Sterling eingetragen, und das trotz der Kriegsgewinnsteuer, die zu zahlen war. Aber das ist noch nicht alles. Eines der Schiffe, an welchem ich interessiert war, ist verkauft oder versenkt worden, genau weiß ich es nicht. Der Anteil von 200 Pfund Sterling, den ich besaß, hat mir schöne Gewinne gebracht. Und nun erhielt ich als Anteilsquote von dem Verkauf oder der Versicherung eine Zahlungsanweisung von 1000 Pfund Sterling! Ferner ist da eine Gesellschaft, bei der ich 350 Pfund Sterling angelegt hatte. Vor einiger Zeit erhielt ich von den Leitern dieser Gesellschaft ein Schreiben, in dem mir mitgeteilt wurde, daß der Schiffsbaupreis derart gestiegen sei, daß ich wahrscheinlich nicht mehr den Wunsch hegen würde, mein Kapital bei Schiffsreedern unterzubringen. Sie hätten deshalb beschlossen, den Gewinn zu verteilen und schickten mir meinen Anteil, eine Zahlungsanweisung auf 1050 Pfund Sterling. Und das ist die Industrie, die immer wieder jammert, daß man sie zugrunde richte!

Bonar Laws Aufrichtigkeiten erregten natürlich nicht geringes Aufsehen, und ein Mitglied des Parlaments sagte scherzend, daß sich ein englischer Minister, der so frei von der Leber wegspreche, für Geld sehen lassen könnte.

Gegen die Getreideentölung.

Ein Berliner Gelehrter, Professor Backhaus, hat eine neuere Methode gefunden, um das Getreide zu entkeimen und aus diesen Keimen Oel zu gewinnen. Auch die Gerste für den Brauereibetrieb wird seit altersher entkeimt, und daß das Getreide, insbesondere unser Brotkorn, Fettsubstanzen enthält, beweist schon die Fähigkeit des guten Brotes, daß man es rösten kann. Die Duftstoffe, die sich beim Backen und Rösten entwickeln, stammen aus diesen Fettkörpern des Getreides. Die Fettstoffe, die auf einen Waggon Korn einen Zentner Oel ausmachen sollen, will man nun künftig in weitestem Maße dem Brotkorn entziehen, um — Margarine daraus zu machen — „damit man etwas hat aufs Brot zu streichen", um Gemüse schmälzen und die Kartoffeln braten zu können. Unsere feldgrauen Helden draußen sind froh, wenn sie Gemüse haben, das sie in Salzwasser abkochen können, sind froh, wenn sie Pellkartoffeln haben, sind froh, wenn sie ein ordentlich großes Stück Kommißbrot haben. Und jetzt soll dem Gesamtvolke sein wichtigstes und Hauptnahrungsmittel, das Brot, — entfettet, d. h. geschmack- und kraftloser gemacht werden, damit — denn darauf wird die Sache in Wirklichkeit hinauslaufen — einige Tausende etwas haben „aufs Brot zu streichen, ihr Gemüse zu schmälzen und Bratkartoffeln zu essen" und ferner, und das ist der zweite treibende Punkt, damit ein paar Großindustrielle aus dieser neuen Verindustrialisierung unserer Nahrungsmittel neue Riesengewinne in dieser für unser Volk an sich schon schweren Zeit einstreichen. Dieser neue Fehlgriff unserer Ernährungspolitik reiht sich würdig dem Zusehen unserer Behörden an gegenüber der Vergeudung von Zucker zu Kunsthonig, von Gerste zu Bier, der Miesmuscheln zu ekelhaften Konserven und der Rüben zu widerlichem Sauerkraut. Hiergegen muß immer wieder aufs schärfste protestiert werden. Den zuständigen Stellen aber möchten wir dringend ans Herz legen, am Schluß des 3. Kriegsjahres das tägliche Brot des Volkes mehr zu respektiern, als sie es seither seit Kriegsbeginn getan haben. Hätten sie es getan, so hätten wir jetzt eine Brotkornreserve von 60 Millionen Zentnern an Gerste, Roggen, Weizen, die während des Kriegs zu Bier- und Trinkbranntwein vergohren und verbrannt sind, ein Quantum, das jetzt nicht nur für unsere Volksernährung besonders angesichts der drohenden Welthungersnot von allergrößter Bedeutung sein würde, sondern gleichzeitig ein politischer und militärischer Faktor, vielleicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Herbeiführung und Gestaltung des von allen Völkern gleichmäßig herbeigesehnten Friedens.

Aus der Partei.

Nochmals die namentliche Abstimmung über die Friedensresolution. In den bisherigen Pressemitteilungen über die Abstimmung bei Annahme der Friedensresolution sind einige Ungenauigkeiten enthalten. Von der sozialistischen Minderheit haben alle 21 Arbeitsgemeinschaftler und der wildradikale Rühle gegen die Friedensresolution gestimmt. Von der Mehrheit stimmten alle anwesenden Abgeordneten mit Ja; Vollmar und Blos fehlten entschuldigt, hingegen haben sich die Abgeordneten Huettmann, Erdmann, Fischer-Sachsen, Peirotes und Simon vor der Abstimmung entfernt. Es sind dies Anhänger der Minderheit innerhalb der sozialistischen Fraktion. Warum sie diese Haltung einnahmen, bedarf der Aufklärung.

Dadabai Narodsche †. Im Alter von 92 Jahren starb am 2. Juli in Bombay der indische Reformer und Gründer des indischen Kongresses, Dadabei Narodsche, der einzige Hindu, der einen Londoner Wahlkreis im Parlamente vertrat und auf einem internationalen sozialistischen Kongresse als Delegierter erschien. Er entstammte einer priesterlichen Familie und erhielt eine sehr sorgfältige Erziehung in indischen und englischen Schulen. Vom Jahre 1850 bis 1855 war er Professor der Mathematik und der Naturphilosophie in Bombay. Nach dem indischen Aufstande im Jahre 1857 reiste er nach London, um die Engländer mit der Lage der indischen Völkerschaften bekannt zu machen. Zur Sicherung seiner Existenz wurde er Kaufmann und gründete ein bedeutendes indisch-englisches Handelshaus. Im Jahre 1875 veröffentlichte er sein Werk: „Poverty of India" (die Armut Indiens), das die rücksichtslose Ausbeutung Indiens durch England statistisch und geschichtlich nachwies. Fünf Jahre später veröffentlichte er die Broschüre „Condition of India" (Lage Indiens). Seine beiden Schriften erregten viel Aufsehen und schufen eine reformfreundliche Strömung zugunsten Indiens. Im Jahre 1887 wurde er im Londoner Wahlkreise Central-Finsbury als linksliberaler Kandidat aufgestellt und gewählt. Er saß im Unterhause bis zum Jahre 1895. Er sprach meistens nur bei den Debatten über indische Fragen. Die Liberalen machten ihm Komplimente, Lord Salisbury beschimpfte ihn als „Neger"; aber sowohl die Komplimente wie die Beleidigungen waren nicht imstande, den Pionier der indischen Reformbewegung von seiner Lebensaufgabe abzubringen. Im Jahre 1904 erschien er auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Amsterdam, um England vor der ganzen Welt anzuklagen, das nichts tat, um dem indischen Elend abzuhelfen. Narodsche war in Indien außerordentlich populär. So oft er seine Heimat besuchte, wurde ihm ein königlicher Empfang bereitet. Auch die äußerste Linke der indischen Reformbewegung, mit der er sich nicht befreunden konnte, zollte ihm aufrichtige Verehrung. Neben seiner politischen Tätigkeit war auch seine pädagogische sehr bedeutend. Ihm hauptsächlich verdankt Indien die Fortschritte in der Mädchenerziehung.

Vom Parteikampf in Italien. Die läppische Art, in der sich die Parteien in Italien selbst in den todernsten Kriegszeiten bekämpfen, kennzeichnet ein Vorkommnis, das vor einigen Tagen vor dem römischen Bezirksgericht seine Erledigung fand, nachdem es wochenlang die Spalten der sozialistischen und reformsozialistischen Blätter füllte. Bekanntlich verfolgen die kriegshetzerischen Reformsozialisten die eigentlichen Sozialisten wegen ihrer kriegsgegnerischen Haltung bis aufs Blut. Aber doch am liebsten mit persönlichen Klatsch und Schabernack. So hat ein reformsozialistischer Held nach längerer Vorbereitung des Planes, den er selbstgefällig und von den Gesinnungsgenossen bejubelt, bei der Verhandlung darlegte, dem bekannten sozialistischen Abgeordneten Maffi am Tag des Kammerbeginns aufgelauert, sich im Tram neben ihn gesetzt und ihm mit einer Scheere ein großes Stück Bart abgeschnitten. Es kennzeichnet die Geisteshöhe dieser Kreise, daß die Geldstrafe für diesen hervorragenden Witz der Sozialistentöter als gerne geopfert erklärt wird und daß man mit der Scheere, mit der das Attentat ausgeführt wurde, einen wahren Kultus treibt!

Aus Nah und Fern.

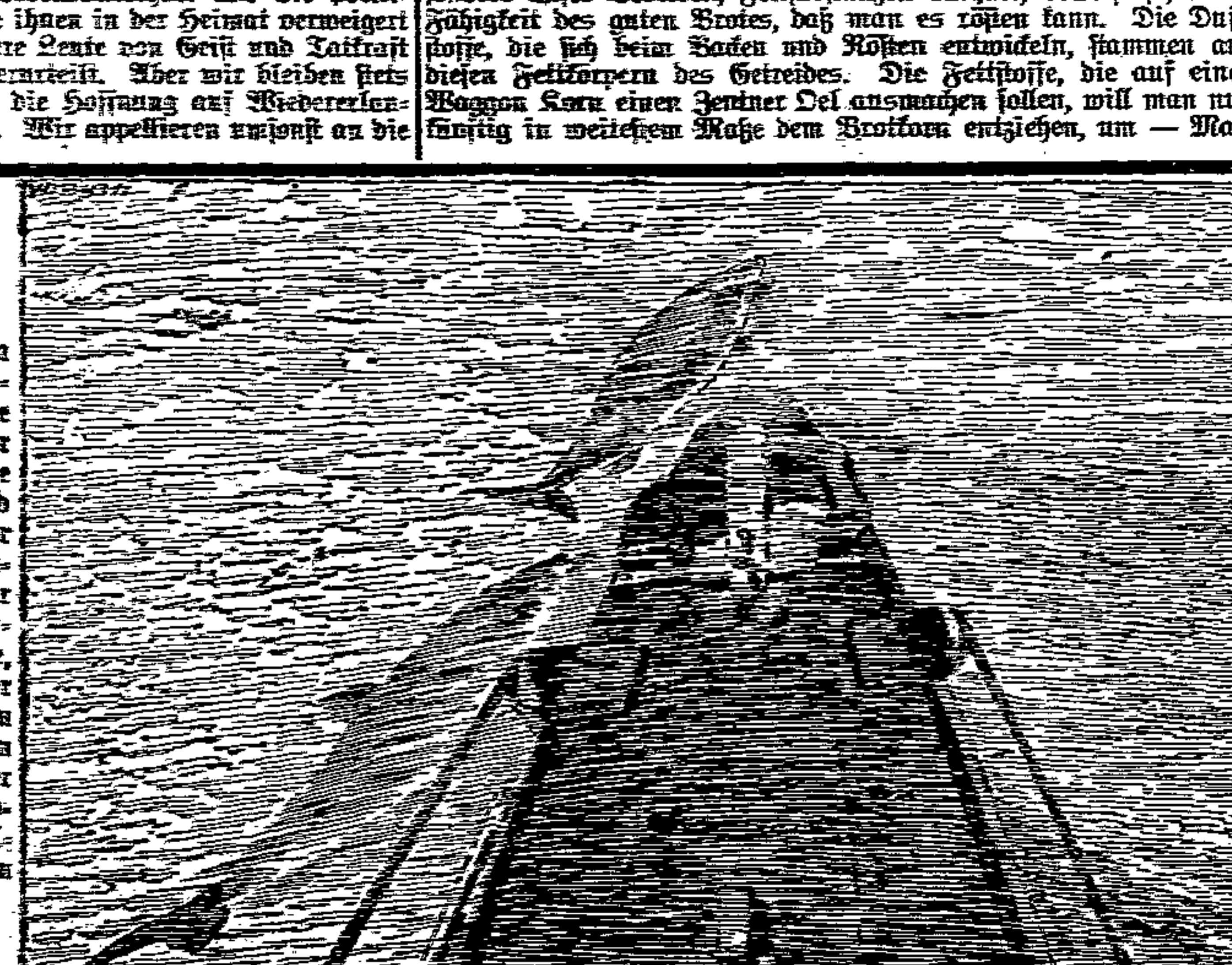
Militärs als Preistreiber! Amtlich wird erklärt: Es wurde festgestellt, daß Preistreibereien in größerer Zahl von Personen begangen werden, die von der aktiven militärischen Dienstleistung enthoben wurden, Urlaub bekamen oder durch eine Dienstverwendung am Sitze ihres Betriebes Gelegenheit erhielten, ihre Privatgeschäfte weiterzuführen. Es ist deshalb vorgesorgt worden, daß gegen solche Personen, soweit sie nicht beim Zivilgericht verfolgt werden können, weil sie der militärischen Gerichtsbarkeit unterstehen, die Anzeige an das zuständige Militärgericht erstattet wird. Außerdem wird verfügt, daß die zuständigen Stellen von Preistreibereien solcher Militärpersonen verständigt werden, damit sie prüfen können, ob nicht die Enthebung oder Beurlaubung der beschuldigten Militärpersonen zu widerrufen wäre, allenfalls die betreffenden Personen an einen anderen Dienstort zu versetzen wären. Diese amtliche Erklärung finden wir in österreichischen Blättern, sie hat also nur auf Oesterreich Bezug. Für Deutschland fehlt eine solche Verordnung.

Ein Pfund Kirschen 20 Pfennig. In Freyburg an der Unstrut hat die Stadtverwaltung seinerzeit die städtischen Kirschenanlagen von der öffentlichen Verpachtung ausgeschlossen. Diese Maßnahme ermöglicht es, daß dort, wie berichtet wird, das Pfund Kirschen für 20 Pfennig geliefert wird, freilich nur an Einheimische.

Nach dem Genuß von Pilzen erkrankte in der Arbeiterkolonie Lintfort bei Mörs vor einigen Tagen eine Familie. Vier Kinder sind schon gestorben; die Mutter liegt schwer krank darnieder.

Eine interessante Aufnahme.

Zu den ständigen Begleitern der Schiffe, die die Meere durchkreuzen, gehören nicht nur die harmlosen Delphine und Tümmler sondern auch die Haifische, die Hyänen des Meeres. Sie sind der Schrecken der Küstenbewohner und der fischfangtreibenden Bevölkerung; denn so mancher Mensch, der sich beim erfrischenden Bade zu weit hinauswagte, ist ein Opfer dieser Meertiger geworden. Auch kleinen Booten werden die mehrere Meter langen Ungeheuer zum Verderben. Unser Bild ist von der Kommandobrücke eines österreichischen U-Bootes aufgenommen, dessen Rumpf unter Wasser fährt.



Eine interessante Aufnahme vom Turme eines österr.-ungar. U-Bootes. ...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.